

REGIERUNGSPROGRAMM

**Das Programm der 58. Regierung,
der Großen Türkischen Nationalver-
sammlung vorgelegt von
Ministerpräsident Abdullah GÜL**

23. November 2002

Herr Präsident,

Verehrte Abgeordnete,

Im Namen der 58. Regierung der Republik grüße ich herzlich unsere geliebte Nation und deren geehrte Vertreter.

Nach den Allgemeinen Wahlen vom 3. November 2002 hat unser Land mit einem aus zwei Parteien bestehenden Parlament und einer von einer einzigen Partei gestellten Regierung zur Stabilität gefunden. Wir sind uns als Parlament und als Regierung unserer Verantwortung bewusst, diese uns von unserer Nation gegebene Chance bestmöglich zu nutzen und die vor uns liegenden Probleme richtig und schnell zu lösen. Wir sind entschlossen, diese ebenso schwere wie ehrenvolle Verantwortung ernst zu nehmen.

Verehrte Abgeordnete,

Während wir einerseits versuchen, eine rasche Lösung für die sich häufenden Probleme unserer Bevölkerung zu finden, sind wir andererseits fest entschlossen, die strukturellen Veränderungen und Reformen umzusetzen, die notwendig sind, um nicht erneut mit derartigen Problemen konfrontiert zu werden. Wir wissen, dass wir uns mithilfe von Scheinmaßnahmen nicht aus der Lage werden befreien können, in der wir uns befinden. Unser Wahlprogramm, das wir in dem Bewusstsein, dass wir eine Partei auf dem Wege zur Übernahme von Regierungsverantwortung sind, und unter Berücksichtigung der Bedingungen, die in unserem Lande herrschen, verantwortungsbewusst und konsequent ausgearbeitet haben, hat bei den Wahlen vom 3. November das Vertrauen unserer Bevölkerung erhalten. Auch unser Aktionsprogramm, das der Vorsitzende unserer Partei, Herr Recep Tayyip ERDOĞAN, der Öffentlichkeit vorgestellt hat, hat als Produkt dieser verantwortungsvollen, konsequenten und reformerischen Haltung in der Öffentlichkeit breite Zustimmung und Vertrauen erfahren. Mit anderen Worten: Unser Regierungsprogramm wurde – und dies ist ein Erfordernis unserer politischen Moral und unserer demokratischen Konsequenz – mit dem Anspruch verfasst, dass die Maßnahmen, zu denen wir uns vor den Wahlen gegenüber unserer Bevölkerung verpflichtet haben, auch verwirklicht werden sollen.

Unsere Regierung wird ihre Arbeit in dem Umfang machen, zu dem sie sich vor den Wahlen gegenüber unserer Bevölkerung verpflichtet hat, und erwartet von diesem Hohen Hause und unserer geschätzten Nation Vertrauen und Unterstützung in einer Haltung, die, fernab von unnötigen Diskussionen und Polemisierungen, alle Teile der Gesellschaft umfasst, ohne dabei die wirklichen Anliegen der Bevölkerung aus den Augen zu verlieren.

Wir werden unsere Arbeit im Dialog und in Zusammenarbeit mit allen Teilen der Gesellschaft, allen voran mit unserer Oppositionspartei, und in demokratischer und transparenter

Atmosphäre verrichten. Mit einem pluralistischen Demokratieverständnis, auf der Grundlage der Achtung von Recht und Menschenrechten und wissend, dass die zahlenmäßige Überlegenheit nicht alles ist, werden wir bei den wichtigen Schritten, die wir zu unternehmen haben, alles daran setzen, gesellschaftliche Übereinstimmung zu erreichen.

Wir glauben, dass wir mit unseren Maßnahmen ganz allgemein die Bindungen zwischen Staat und Gesellschaft stärken, den politischen Bereich erweitern, das Vertrauen zwischen politischen Institutionen und der Gesellschaft wiederherstellen und die Wünsche und Erwartungen des Volkes in höchstem Maße erfüllen werden.

Die positiven Erwartungen und das Vertrauen, die sich mit der Bekanntgabe der Wahlergebnisse vom 3. November 2002 auf den in- und ausländischen Märkten gebildet haben, haben zu einem Sinken der Zinssätze geführt, die Börsenkurse sind gestiegen, die Devisenkurse zurückgegangen. Die zukunftsbezogene Berechenbarkeit, die von der Alleinregierung einer Partei ausgeht, hat die Grundlagen für ein Vertrauensklima geschaffen, das geeignet ist, in- und ausländische Investoren anzuziehen. Dieses Vertrauensklima aufrechterhalten zu können, ist insbesondere für die Lösung unserer sozialen und wirtschaftlichen Probleme von vitaler Bedeutung.

Wir werden versuchen, uns des Vertrauens unserer Nation würdig zu erweisen, indem wir unsere Möglichkeiten bestmöglich nutzen, ohne dabei jemals die Wünsche und die an uns gerichteten Erwartungen unserer Bevölkerung zu vergessen. **Unsere Erfolge werden nicht nur unsere sein, sondern auch die aller politischen und staatlichen Institutionen und vor allem die unserer Nation.**

Herr Präsident, Verehrte Abgeordnete,

Während in der Welt tiefgreifende Veränderungen vonstatten gehen, hat die Türkei bedauerlicherweise ihre Zeit und Energie dafür aufgewendet, sich mit inneren Problemen herumzuschlagen. Unser Land gehört leider, trotz seiner über fünfzigjährigen Erfahrung mit dem Mehrparteiensystem, zu den Ländern, die sich nicht genügend demokratisieren konnten und in denen Grundrechte und -freiheiten nicht uneingeschränkt ausgeübt werden können. Trotz seiner jungen und dynamischen Bevölkerung und trotz seiner reichhaltigen natürlichen Ressourcen ist hierzulande das Wohlstandsniveau nicht hoch genug; es konnte keine Produktionsstruktur geschaffen werden, die auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig wäre, und im Bereich der persönlichen Rechte und Freiheiten ist die Entwicklung noch nicht auf dem gewünschten Niveau.

Aufgrund falscher politischer Maßnahmen konnte die Rolle des Staates in der Wirtschaft mit den sich wandelnden Umständen nicht Schritt halten, noch gibt es keine gerechte

Vermögensverteilung zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten und Regionen, und es konnte noch keine gesunde Privatisierung verwirklicht werden. Unser Land konnte sich von der schwerfälligen und übermäßig zentralistischen Struktur in der öffentlichen Verwaltung, von Korruption und politischem Verfall nicht befreien.

Die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierungen der vergangenen Jahre endete in einem Misserfolg, die Republik erlebte die größte Wirtschaftskrise ihrer Geschichte und unsere Bevölkerung wurde in bisher einzigartiger Weise der Armut preisgegeben. Die ökonomischen und sozialen Kosten der Krise waren sehr hoch, die Inlands- und die Auslandsschulden stiegen in unglaublicher Weise, Zehntausende von Betrieben mussten schließen, Hunderttausende von Menschen verloren ihre Arbeit. Und was noch schlimmer ist: das Vertrauen unserer Bürger in den Staat und in politische Institutionen wurde erschüttert, die Zukunftshoffnungen zerstoßen.

Unsere Regierung glaubt fest daran, dass unser Land mit seiner jungen und dynamischen Bevölkerung, seiner einzigartigen geographischen Lage, seinen reichhaltigen natürlichen Ressourcen und seinen unendlichen kulturellen Schätzen das Potential hat, ein leistungsfähiges Mitglied der neuen Welt zu werden und dass es all das, was ihm momentan widerfährt, nicht verdient hat.

Unsere Regierung hat sich, angeführt von ehrlichen, mutigen, gebildeten und fähigen Leuten, mit einem umfangreichen Programm aufgemacht, Politik und Staat wieder mit der Nation zusammenzuführen und erneut eine Zukunft voller Hoffnung und Vertrauen zu schaffen.

Dieses Programm, das wir dem Hohen Hause hiermit vorlegen, enthält für grundlegende Bereiche diejenigen unserer politischen Maßnahmen, die wir als Ergebnis langer Vorbereitungen und ausgehend von den Realitäten unseres Landes und der Welt entwickelt haben, die wir als ein Ganzes behandeln und von denen wir glauben, dass sie unser Land in der Zukunft in die Position bringen werden, die ihm gebührt.

Über viele der Themen, die wir vorstellen werden, wird eigentlich seit langer Zeit schon diskutiert, und es herrscht weitgehende Übereinstimmung über sie, jedoch konnten sie, weil es am notwendigen politischen Weitblick und an Entschlossenheit mangelte, bisher nicht in die Tat umgesetzt werden. Wir sind reformerisch und dynamisch eingestellt und dazu entschlossen, die Vorteile des Alleinregierens zu nutzen und durch ein konstruktives Verhältnis zwischen Regierung und Opposition und im gesellschaftlichen Dialog diese Themen, die eigentlich schon längst überfällig sind, endlich ernsthaft anzugehen. **Bei all diesen Bemühungen wird das Ziel, die Schwelle zur modernen Zivilisation zu überschreiten, so wie es uns**

vom Gründer unserer Republik, dem großen Führer Mustafa Kemal Atatürk, aufgezeigt wurde, die Grundlage für die Schritte sein, die wir unternehmen werden.

Unsere Regierung wird eine *Vision Türkei* verwirklichen, mit einer Türkei,

- die wirtschaftliche Stabilität erreicht hat,
- die eine wettbewerbsfähige Marktstruktur geschaffen hat,
- in der ein günstiges Klima für nachhaltige Entwicklung herrscht und die die Segnungen des wirtschaftlichen Wohlstands gerecht verteilt,
- in der Armut und Korruption abgeschafft wurden,
- in der unsere Bürger frei in Frieden und Wohlstand leben,
- die in die moderne Welt integriert ist und in der Unterschiede nicht als Konfliktstoff, sondern als eine Bereicherung gesehen werden und
- die angesehen, demokratisch und dynamisch ist.

Die Mission unserer Regierung auf dem Wege der Realisierung dieser Vision aber ist es, die politische Macht gemäß den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung zu gebrauchen, dem Primat des Rechts getreu dafür zu sorgen, dass sich der Wille des Volkes in der Verwaltung widerspiegelt, und den Entwicklungsforderungen der Gesellschaft entsprechend die volle Dynamik, das gesamte Potential und alle Möglichkeiten unseres Landes zur Entfaltung kommen zu lassen.

Herr Präsident, Verehrte Abgeordnete,

Die Menschen verfügen von Geburt an über unveräußerliche und unverletzliche Grundrechte und -freiheiten. Diese Rechte und Freiheiten, die zum gemeinsamen Wertebestand der Menschheit zählen, sind unabdingbar für ein würdiges Leben unter der Verwaltung des Staates.

Unsere Regierung, die von der Devise „**Lasse den Menschen leben, damit der Staat leben kann**“ ausgeht, wird den Menschen ins Zentrum aller ihrer politischen Aktivitäten stellen.

Das Ziel demokratischer Regierung ist es unserer Auffassung nach, alle zivilen und politischen Freiheiten unter Garantie zu stellen, allen voran die Meinungsfreiheit, die Glaubensfreiheit, das Recht auf Bildung, die Vereinigungs- und die Unternehmensfreiheit, sowie ein Umfeld zu schaffen, in dem die Menschen, fernab von Ängsten und Sorgen, ihre Persönlichkeit frei entfalten können.

In diesem Zusammenhang werden internationale demokratische Standards, die wir auf dem Gebiet der Grundrechte und -freiheiten auch als ein gemeinsames Gut der Menschheit ansehen, für all unsere politischen Aktivitäten grundlegend sein.

Unser Land, das die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** und die **Europäische Menschenrechtskonvention** anerkennt und diese zu einem Teil des inländischen Rechts gemacht hat, ist unter der Führung unserer Regierung entschlossen, durch die Verwirklichung dieser Werte internationale Standards auf dem Gebiet der Grundrechte und -freiheiten zu erreichen.

In diesem Zusammenhang wird **unsere Regierung** folgende Maßnahmen ergreifen:

- Um die Grundrechte und -freiheiten auf das Niveau zu bringen, das in internationalen Abkommen, die unser Land unterzeichnet hat, insbesondere in den **Kopenhagener Kriterien**, festgelegt ist, wird unsere Regierung in der Verfassung und in den Gesetzen alle notwendigen Änderungen vornehmen.
- Unsere Regierung wird sich nicht damit begnügen, Grundrechte und -freiheiten nur in der Verfassung und den Gesetzen unter Garantie zu stellen, sie wird auch Anstrengungen dahingehend unternehmen, dass diese tatsächlich umgesetzt werden und zu einem integralen Bestandteil unserer politischen Kultur heranreifen.
- Beim Thema Grundrechte und -freiheiten wird unsere Regierung ein offenes Ohr für die Probleme und die Forderungen der verschiedenen Teile der Gesellschaft haben, und Doppelmoral auf diesem Gebiet, fruchtlosen Streitereien und politischer Ausbeutung einen Riegel vorschieben.
- Unsere Regierung wird entschlossen gegen alle Menschenrechtsverletzungen vorgehen, die nicht mit den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats vereinbar sind, vor allem gegen die Folter.
- Diejenigen rechtlichen Bestimmungen, die das Eigentumsrecht, die Meinungsfreiheit, die Glaubensfreiheit, die Unternehmens- und die Vereinigungsfreiheit einschränken, wird unsere Regierung unter Berücksichtigung des internationalen Rechts- und Freiheitsverständnisses neu regeln.

Verehrte Abgeordnete,

In der Türkei wird die Zivilgesellschaft, parallel zur Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft, immer stärker. Die Gesellschaft ist dem Staat in den meisten Bereichen voraus, sie kann qualitativ hochwertigere Waren und Dienstleistungen produzieren als der öffentliche Sektor.

Unsere Regierung sieht für die Verwirklichung einer sich auf die Menschenrechte stützenden und fehlerfrei funktionierenden demokratischen Verwaltung das Erstarken der Zivilgesellschaft und eine effektive öffentliche Kontrolle, verstanden als „**Good Governance**“, als unerlässlich an.

Unsere Regierung wird dazu beitragen, dass sich durch die aktivere Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Verwaltung die repräsentative Demokratie hin zu einer **partizipatorischen Demokratie** entwickelt. So wird es dem Bürger ermöglicht, nicht nur von Wahl zu Wahl, sondern auch in der Tagespolitik seine Vorstellungen einzubringen.

Unsere Regierung wird allen zivilgesellschaftlichen Organisationen gleich nahe stehen und den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen ihnen fördern.

Unsere Regierung wird eine aktivere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der öffentlichen Verwaltung ermöglichen, indem sie gesetzliche und administrative Hindernisse beseitigt. Sie wird Mechanismen entwickeln, die es den Unternehmen, den Gewerkschaften, den Berufsverbänden, den landwirtschaftlichen Organisationen und ehrenamtlichen Verbänden leichter machen werden, ihre Probleme gemeinsam mit den für sie zuständigen Beamten des öffentlichen Dienstes zu lösen.

Unsere Regierung tritt dafür ein – und dies ist ein Erfordernis unserer Auffassung von pluralistischer Demokratie und Wettbewerbsmarkt – **dass sich die Medien**, die in modernen Gesellschaften den Auftrag haben, zu kontrollieren und wahrheitsgemäß zu informieren, **in einer von Pluralismus und Wettbewerb geprägten Umgebung entwickeln**. Die Beziehung zwischen Politik und Medien, die unterschiedliche Komponenten einer öffentlichen Dienstleistung darstellen, wird in einem gegenseitigem Dialog verlaufen, der auf demokratischen Werten und dem Primat des Rechts basiert.

Verehrte Abgeordnete,

Nachhaltige Entwicklung – das beinhaltet auch Faktoren wie Umweltbewusstsein und eine demokratische Verwaltung. Für eine **gute Lebensqualität** reicht es nicht aus, nur das Pro-Kopf-Einkommen zu steigern oder die physischen Bedingungen zu verbessern. So wie die Menschen Brot brauchen, so brauchen sie auch die Freiheit zur Selbstverwirklichung.

Unsere Regierung sieht Fortschritt nicht als angewandte Sozialwissenschaft, die einseitig den Willen des Staates widerspiegelt, sondern als eine demokratische Suche, die die pluralistische Struktur der Gesellschaft respektiert. Demokratisierung und Fortschritt sind keine Alternativen zueinander, sondern Prozesse, die gleichzeitig vonstatten gehen müssen und die einander befördern.

Verehrte Abgeordnete,

In der öffentlichen Verwaltung wird eine Abkehr von autoritären und einseitigen Methoden stattfinden. In diesem Zusammenhang werden Modelle entwickelt werden, die auf dem Dialog zwischen Staat und Gesellschaft beruhen und auf der Zusammenarbeit in Ressorts, die eine soziale Dimension haben, wie Bildung, Gesundheit und Umwelt. **Staat, Markt**

und Gesellschaft sind keine Alternativen zueinander, sondern ergänzen einander. Eine nachhaltige und schnelle Entwicklung kann nur durch deren Synergie erreicht werden.

Verehrte Abgeordnete,

Zu den Grundwerten in demokratischen Ländern gehören die Achtung der universellen Prinzipien des Rechts, die Freiheit der Rechtssuche, die Gleichheit vor dem Gesetz, die individuelle oder kollektive Ausübung von Rechten und Freiheiten und die Gewährleistung der Rechtsgebundenheit der Verwaltung. Durch die Verwirklichung dieser Werte wird in der Gesellschaft für Frieden und Einigkeit gesorgt und ein dauerhaftes Vertrauen der Gesellschaft in die öffentliche Verwaltung geschaffen werden.

Unserem Verständnis von Recht und Justiz zufolge darf der sich auf das Primat des Rechts berufende Staat weder die Gesellschaft noch die Individuen ihrer Sprache, ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer politischen Meinung, ihres Glaubens, ihrer Religions- oder ihrer Konfessionszugehörigkeit wegen diskriminieren.

Aufgrund vieler prohibitiver Vorschriften in unserer Gesetzgebung erweckt unser Land eher den Eindruck, ein Gesetzesstaat zu sein als ein Rechtsstaat. Unser ganzes Streben wird während unserer Regierungszeit darauf gerichtet sein, das Recht unseres Landes universellen Rechtsprinzipien anzugleichen, das vorherrschende System der Grundrechte und -freiheiten auf internationale Standards anzuheben, aus unserem Land einen wirklichen Rechtsstaat zu machen, das Primat des Rechts durchzusetzen und in der internationalen Gemeinschaft eine angesehene Position zu erreichen.

Um ein Rechtssystem zu schaffen, in dem die Menschenrechte auf internationales Niveau angehoben wurden und ausgeübt werden, in dem das Primat des Rechts verwirklicht wurde und in dem die Demokratie mit all ihren Institutionen und Regeln funktioniert, werden wir während unserer Regierungszeit u.a. folgende grundsätzliche Regelungen in die Tat umsetzen:

- Wir werden anstelle der geltenden Verfassung, die unserem Land mittlerweile zu eng geworden ist, eine neue, partizipatorische und freiheitliche Verfassung erarbeiten. Unsere neue Verfassung wird auf dem Prinzip des demokratischen Rechtsstaats beruhen, der über eine starke gesellschaftliche Legitimation verfügt, der internationalen Normen, insbesondere denen der EU, entspricht, der den Rechten und Freiheiten des Individuums den Vorrang gibt, und dessen Grundlage die pluralistische und partizipatorische Demokratie ist. Was ihre Form angeht, so wird dafür Sorge getragen werden, dass sie kurz, klar und verständlich ist.

- Die gerichtlichen Instanzen, die, wie auch in den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte betont wurde, einen Verstoß gegen das Fair-Trial-Prinzip darstellen, werden abgeschafft werden.
- Das Gesetz über die politischen Parteien und die Wahlgesetze werden modifiziert werden, um die politischen Parteien für die Bevölkerung zu öffnen, um die Kontrolle und den Einfluss der Bevölkerung auf die Parteien zu steigern, um innerparteiliche Demokratie und Transparenz zu erreichen und um in der Vertretung so für Gerechtigkeit zu sorgen, dass das Gleichgewicht nicht gestört wird. Dabei wird versucht werden, Übereinstimmung bei allen Beteiligten zu erreichen.
- Unser Ziel ist es, zu einer **friedlichen Gesellschaft** zu werden, die vor Gewalt, Unterdrückung und Kriminalität sicher ist, die von den Segnungen der Freiheit profitiert und in der es keine Furcht gibt. Um Streitigkeiten zu verhindern, bevor sie entstehen, werden Methoden des „**Prophylaktischen Rechts**“ eingeführt werden, und zudem wird man sich die Praxis zu eigen machen, Streitigkeiten auf dem Wege gütlicher Einigung beizulegen.
- Das türkische Strafgesetzbuch wird heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht und ist, was geschützte Werte angeht, oft Grund für große Ungerechtigkeiten. Deshalb wird ein neues Strafgesetzbuch erarbeitet werden.
- Fundamentale Gesetze unseres Landes wie das Türkische Handelsgesetzbuch, das Zwangsvollstreckungs- und Konkursgesetz und das Arbeitsgesetz werden unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen und von EU-Normen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Verehrte Abgeordnete,

Der wichtigste Garant für die Rechte und Freiheiten der Person ist, dass diejenigen, die die rechtsprechende Gewalt ausüben, ihre Pflicht unparteiisch erfüllen, gemäß dem, was die Gesetze vorschreiben. **Unsere Regierung** wird, um eine Justizreform auf den Weg zu bringen, die sicherstellen soll, dass Personen und Institutionen mit Rechtsprechungsbefugnis unabhängig und unparteiisch entscheiden, folgende Maßnahmen umsetzen:

- Unsere Regierung wird diejenigen Vorschriften in der Verfassung und den Gesetzen, die mit der **Unabhängigkeit der Gerichte** und der **Garantie einer unabhängigen Rechtsprechung** nicht vereinbar sind, ändern und Maßnahmen ergreifen, die die Parteilichkeit von Richtern und die Politisierung des Rechts verhindern.
- Unsere Regierung wird im Staatshaushalt Mittel zur Entschädigung von Opfern von Justizirrtümern bereitstellen.

- Unsere Regierung wird dafür Sorge tragen, dass Regelungen angewendet werden, die Aktivitäten einflussreicher Personen und Organe aus Presse und öffentlicher Meinung, die darauf abzielen, die Justiz irrezuführen, indem sie die Rechtsprechung beeinflussen, verhindern.

Verehrte Abgeordnete,

Das Justizsystem arbeitet sehr langsam und dieser Umstand schwächt das **Vertrauen in die Justiz**. Unsere Bürger greifen bisweilen, anstatt ihr Recht vor Gericht einzufordern, zur „**Rechtsanmaßung**“, schalten außergerichtliche Organisationen ein oder geben resigniert auf, ihr Recht einzufordern und beugen sich der Ungerechtigkeit. Maßnahmen zur Schaffung einer lückenlos und zügig arbeitenden Justiz sind folgende:

- Es werden Regelungen getroffen werden, die es ermöglichen sollen, Urteilsverfahren und Beweisführung einfacher und zu angemessenen Kosten zu gestalten, so dass Prozesse innerhalb kurzer Zeit abgeschlossen werden können. In diesem Zusammenhang wird insbesondere hinsichtlich der Zeitspanne, die zum Verlust des Rechtsanspruchs führt, Klarheit und Transparenz geschaffen werden.
- Der Justizaufbau, die Aufgaben- und die Kompetenzbereiche der Gerichte der verschiedenen Instanzen werden so umgestaltet werden, dass Schnelligkeit und Qualität der Rechtsprechung gesteigert werden; beim Aufbau wird weniger eine „administrative“ Struktur zugrundegelegt als vielmehr die Kriterien „Personal“ und „Arbeitsteilung“.
- Es werden neue Gerichte gegründet werden, die auf Bereiche wie organisiertes Verbrechen, terroristische Verbrechen oder Wirtschaftskriminalität spezialisiert sind; die Regelungen bezüglich der Spezialgerichte wie etwa Jugendgerichte, Verbrauchergerichte und Familiengerichte werden überarbeitet und erweitert werden.
- Um den Kassationsgerichtshof zu entlasten und den Ablauf der Urteilsverfahren zu beschleunigen, werden „Berufungsgerichte“ gegründet werden.
- Der Mangel an Richtern, Staatsanwälten und Justizhilfskräften in unserem Justizapparat wird innerhalb kurzer Zeit beseitigt werden und es wird die für die Nutzung von Informationstechnologien notwendige Hardware angeschafft werden.
- Durch die Umsetzung administrativer und gesetzlicher Regelungen, die notwendig sind, um Streitsachen zwischen Bürgern und staatlichen Institutionen zu schlichten, ohne den Rechtsweg zu beschreiten, wird verhindert werden, dass sich Angestellte des öffentlichen Dienstes aus ihrer Verantwortung stehlen und Angelegenheiten, die sie selbst regeln müssten, an die Justiz weiterleiten.

- Die Institution der „**Prozesskostenhilfe**“, die für diejenigen gedacht ist, die aufgrund unzureichender finanzieller Mittel von ihrem Anspruch auf gerichtlichen Rechtsschutz keinen Gebrauch machen können, wird funktionstüchtig gemacht werden.
- Mit der Verabschiedung eines **Gesetzes über Administrative Verfahren** werden Unklarheiten bezüglich der Kompetenz- und Verantwortungsgebiete bei der Abwicklung administrativer Verfahren ausgeräumt, wodurch diese Verfahren klarer und leichter zu kontrollieren sein werden.
- Die Gerichte werden so mit modernen Geräten und Material ausgestattet werden, wie es der technischen Entwicklung und den Dienstanforderungen entspricht. Indem es den Gerichten gestattet wird, auf elektronische Archive zuzugreifen, wird es ihnen möglich werden, rechtzeitig an notwendige Informationen und Dokumente sowie an Material über Präzedenzfälle zu gelangen, und durch ein **neu zu installierendes Informationsnetz zwischen den Rechtsprechungsorganen** wird eine Ordnung geschaffen werden, die das Justizsystem in die Informationsgesellschaft katapultieren wird.

Die Vollzugsgesetzgebung wird an zeitgemäßen Normen ausgerichtet werden, und durch eine moderne Organisationsstruktur, ausreichend viel Personal und Bereitstellung der materiellen Voraussetzungen werden die Probleme der Haft- und Vollzugsanstalten gelöst werden. Folgende Maßnahmen werden in diesem Rahmen ergriffen werden:

- Im Vollzugsdienst werden die Bereiche für Untersuchungshäftlinge und Strafgefangene getrennt und der Mangel innerhalb der Strafvollzugsanstalten an Personal und materieller Infrastruktur wird beseitigt werden. In dem zu erarbeitenden neuen Vollzugsgesetz werden Mindestrechte für Untersuchungshäftlinge und Strafgefangene festgeschrieben und Methoden des alternativen Strafvollzugs entwickelt werden.
- Bei der Führung der Justizregistereintragungen wird man zu einem genauer geregelten System übergehen und vermeiden, dass es aufgrund von Nachlässigkeiten bei der Streichung von Strafregistereinträgen zu Rechtsverlusten kommt.
- Der Aberkennung öffentlicher Rechte einer Person per Verwaltungsentscheid wird Einhaltung geboten werden. Für die Aberkennung öffentlicher Rechte wird ein Gerichtsurteil obligatorisch.

Verehrte Abgeordnete,

Die Globalisierung und die Entwicklungen hin zu einer Informationsgesellschaft haben traditionelle Vorstellungen von Staat und Verwaltung in großem Maße obsolet werden lassen.

Unsere Regierung hält es für richtig, dass der Staat bei diesem neuen Prozess, anstatt direkt in die Wirtschaft einzugreifen und selbst zu produzieren, politische Konzepte entwickelt, Infrastruktur und Ressourcen bereitstellt, Standards definiert und eine Kontrollfunktion übernimmt.

Unsere Regierung wird folgende Maßnahmen umsetzen:

- Sie wird Mechanismen schaffen, die die **Rechenschaftspflicht** der Regierung und leitender Verwaltungsangestellter entwickeln und überwachen sollen.
- Sie wird die **Partizipation** und den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor und der Gesellschaft unterstützen und als effizienten Mechanismus fördern.
- Sie wird sich auf jeder Stufe des Verwaltungs- und Entscheidungsprozesses das Prinzip des Total Quality Management zu eigen machen, Unklarheiten beseitigen und für eine „**berechenbare**“ Verwaltung sorgen.
- Sie wird, indem sie die Gesellschaft über die Verwendung und den Transfer öffentlicher Mittel informiert, das Prinzip des **transparenten** Staates einführen, das Korruption verhindert.

Im Rahmen dieser Entwicklungen wird die Rolle des Staates darauf beschränkt bleiben,

- die Justiz auszubauen,
- innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten,
- auf Makroebene flexible und partizipatorisch ausgerichtete Strategien zu entwickeln,
- für makroökonomisches Gleichgewicht und Stabilität zu sorgen,
- Maßnahmen zu ergreifen, um soziale und regionale Disparitäten, insbesondere bei der Einkommensverteilung, zu beheben,
- eine Grundversorgung im Bildungs- und Gesundheitswesen bereitzustellen,
- grundlegende infrastrukturelle Dienstleistungen zu erbringen bzw. in Auftrag zu geben,
- den vordefinierten Standards entsprechend zu kontrollieren.

Verehrte Abgeordnete,

Unser System der öffentlichen Verwaltung muss eine Struktur bekommen, die einem modernen Verwaltungsverständnis entspricht. Unsere Regierung ist entschlossen, diese Wende einzuleiten. In diesem Zusammenhang werden folgende Maßnahmen getroffen werden:

Maßnahmen zur Überwindung zentralistischer und starrer hierarchischer Strukturen:

- Indem nationale Prioritäten und regionale Unterschiede miteinander in Einklang gebracht werden, wird die direkte **Erbringung öffentlicher Dienstleistungen vor Ort** fundamentales Prinzip, und Dienstleistungen, die nicht zwingend vonseiten der Zentralverwaltung erbracht werden müssen, werden, gemeinsam mit den dafür vorgesehenen Mitteln, den Kommunalverwaltungen übertragen.
- Die Demokratisierung auf kommunaler Ebene wird uns ein Anliegen sein; **die Kontrolle der Zentralverwaltung** über gewählte kommunale Organe wird sich darauf beschränken, zu **prüfen, ob diese gesetzestreu handeln**.
- Durch eine „**Allgemeine Überprüfung der Institutionen im Staat**“ werden die Zahl und die Größe der Ministerien sowie die Aufgaben der ihnen angegliederten Institutionen und anderer öffentlicher Einrichtungen im Ganzen neu definiert werden.
- Unnötige Einrichtungen innerhalb der Zentralverwaltung werden ausgesiebt, Strukturen mit sich überschneidenden Aufgabenbereichen werden zusammengelegt und durch eine Verringerung der Zahl innerinstitutioneller Verwaltungsebenen werden Abläufe vereinfacht werden.

Maßnahmen zur Steigerung der gesellschaftlichen Kontrolle und Teilhabe:

- Das Recht auf Kenntnisnahme soll auf alle Teile der Gesellschaft ausgeweitet werden, und um dies zu gewährleisten wird das „**Gesetz über das Recht der Bürger auf Kenntnisnahme**“ verabschiedet werden.
- Durch Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien wird der Bevölkerung Auskunft über Dienstleistungen und Abläufe in den staatlichen Institutionen gegeben und Transparenz in der Verwaltung geschaffen.
- Um die Produktivität des öffentlichen Sektors zu steigern und um Transparenz zu gewährleisten, werden erste Schritte dahingehend unternommen werden, die einzelnen Dienststellen dazu zu verpflichten, dem Parlament und der Öffentlichkeit Tätigkeitsberichte vorzulegen

Maßnahmen zur Verringerung von Bürokratie, Formalismus und Unproduktivität:

- In Bereichen, die direkte Dienstleistungen für die Bürger erbringen, werden die Gesetzgebung und die Verwaltungsvorschriften vereinfacht werden.
- Durch die maximale Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in staatlichen Institutionen, wird die Umsetzung des **E-Staates** verbreitet werden.
- In der öffentlichen Verwaltung wird das „**Prinzip des Vertrauens in die Aussage**“ eingeführt werden, d.h. die Aussage eines Bürgers wird solange als wahr gelten, bis das Gegenteil bewiesen wurde. Verstöße gegen dieses Prinzip werden mit abschreckenden Strafen geahndet werden.
- Für Investoren werden bürokratische Hindernisse abgebaut, und die wiederholte Forderung von Dokumenten und Informationen wird abgeschafft werden.

Maßnahmen zur Verhinderung institutioneller Zunahme und Schwerfälligkeit:

- Das Personal des öffentlichen Dienstes wird weitergebildet werden, und es wird verhindert werden, dass für zeitlich befristete Arbeit, für die keine Qualifikation benötigt wird, zusätzliches Personal eingestellt wird.
- Durch eine Umverteilung des Personals in und zwischen den einzelnen Institutionen und zwischen den Regionen wird der Personalmangel an den Stellen, die direkte Dienstleistungen für die Bürger erbringen, behoben.
- Durch Verträge zwischen Vorgesetzten und Angestellten im öffentlichen Dienst wird ein Leistungsmanagement entwickelt werden; langfristig wird man zu einem leistungsabhängigen Lohnsystem übergehen.

Maßnahmen zur Verhinderung von Vetternwirtschaft und Sittenverfall:

- Für die Einstellung von Personal werden objektive Kriterien eingeführt werden; zur Grundlage für Beförderungen werden erbrachte **Verdienste** und **Chancengleichheit**.
- Auf nationaler Ebene wird ein „**Wirtschafts- und Sozialrat**“ einberufen werden, auf regionaler und kommunaler Ebene werden ähnliche Strukturen, in denen der Privatsektor und zivilgesellschaftliche Organisationen mit leitenden Angestellten des öffentlichen Dienstes und zuständigen Politikern zusammenkommen, geschaffen und ausgeweitet werden.

Verehrte Abgeordnete,

Die Reform der Zentralverwaltung hat im Ministerpräsidium begonnen, ans Ministerpräsidium angegliederte Institutionen wurden auf die entsprechenden exekutiven Ministerien verlegt und das Ministerpräsidium wurde zu einem weitgehend nicht-exekutiven Ministerium

gemacht. Die Zahl der dem Ministerpräsidenten assistierenden Staatsminister wurde reduziert, so dass sich das Ministerkabinett nunmehr aus 25 Ministern zusammensetzt, einschließlich des Ministerpräsidenten.

Diese ersten Maßnahmen, die den Reformwillen unserer Regierung beweisen, sind von weiten Teilen der Gesellschaft begrüßt worden und haben zur Vertrauensbildung auf den Märkten beigetragen. In diesem Rahmen werden folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die Wirtschaftsverwaltung wird unter einem einzigen Dach zusammengefasst werden.
- Die Zahl und die Größe der bestehenden Ministerien sowie die der ihnen angegliederten oder mit ihnen zusammenhängenden Institutionen werden im Ganzen betrachtet und als wichtigster Schritt der Reform der Zentralverwaltung werden die Aufgaben und Kompetenzen der Ministerien neu definiert.
- Außer einigen wenigen streng vertraulichen Beschlüssen werden alle Regierungsbeschlüsse im Amtsblatt veröffentlicht und so allgemein zugänglich gemacht werden.
- Unabhängige und autonome Institutionen und Ausschüsse werden eine Ordnungs- und Kontrollfunktion übernehmen, mit der Einschränkung, dass die Kompetenz, makropolitische Maßnahmen zu ergreifen, bei den Regierungen verbleibt. Es wird sichergestellt werden, dass die autonomen Institutionen der Öffentlichkeit, der Regierung und der Großen Türkischen Nationalversammlung regelmäßig Bericht erstatten.

Verehrte Abgeordnete,

Gemäß den Prinzipien der partizipatorischen und pluralistischen Demokratie und der Effizienz in der Verwaltung wird in unserer Regierungszeit eine umfassende Kommunalverwaltungsreform durchgeführt werden.

- Im Rahmen der Kommunalverwaltungsreform wird die Verteilung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Mitteln zwischen der Zentralverwaltung und den kommunalen Gebietskörperschaften Effizienz-, Produktivitäts- und modernen Verwaltungsprinzipien gemäß und gestützt auf unser unitäres Staatsverständnis, neu geregelt werden.
- Wie in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung festgelegt, werden die Aufgaben und Zuständigkeiten der Zentralverwaltung einzeln benannt und alle übrigen Aufgaben den kommunalen Gebietskörperschaften übertragen. In diesem Rahmen wird die Zentralverwaltung für die Festlegung politischer Konzep-

te, das Setzen von Standards, für Kontroll- und Bildungsaktivitäten zuständig sein; die für die praktische Umsetzung vorgesehenen Aufgaben, Zuständigkeiten und Mittel werden den kommunalen Gebietskörperschaften übertragen.

- Die kommunalen Gebietskörperschaften werden – Prinzipien und Standards, nationalen und regionalen Plänen entsprechend, die von der Zentralverwaltung zu definieren sind – zu modernen Verwaltungseinheiten umstrukturiert werden, die bei Themen, die kollektive kommunale Interessen berühren, eigenständig Entscheidungen treffen, die Mittel erschließen und aufwenden und die der Kontrolle durch die Bürger unterliegen.
- Die kommunalen Gebietskörperschaften werden in personeller und finanzieller Hinsicht gestärkt werden, die Provinzversammlungen werden so umstrukturiert werden, dass die Beteiligung an ihnen wächst und sie sich im wahrsten Sinne des Wortes in kommunale Parlamente verwandeln werden.
- Die Gründung einer Großstadtgemeinde wird an objektive Kriterien geknüpft werden. Die Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Großstadt- und Bezirksgemeinden wird so neu geregelt, dass es bei den Dienstleistungen zu keinerlei Störungen kommt.

Auswirkungen einer Neustrukturierung der Provinzverwaltungen:

- Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Ministerien in der Provinz werden den Provinzpräfekturen und den autonomen Provinzverwaltungen übertragen werden. Unter Berücksichtigung der kommunalen Prioritäten wird die Zuständigkeit für die Ressorts Gesundheit, Bildung, Kultur, Soziales, Tourismus, Umwelt, Dorfdienste, Landwirtschaft, Viehzucht, Bauwesen und Verkehr auf die Provinzebene übertragen werden.
- Auf der Basis von Unterregionen, die die erforderliche Größe haben, um Dienstleistungen effizient zu erbringen, werden Regionale Entwicklungsinstitutionen geschaffen werden und in einem auf nationale Strategien abgestimmten und auf das regionale Potential ausgerichteten Ansatz werden regionale Entwicklungspläne und -programme umgesetzt werden.
- Die Provinzverwaltungen werden sich im Rahmen nationaler Strategien, regionaler Pläne, der von den Ministerien entwickelten politischen Konzepte und der Bedürfnisse der Provinzen um Pläne, Programme und deren Umsetzung kümmern.
- Alle Regierungsgrundstücke, abgesehen von jenen, die im nationalen Maßstab von strategischem Wert sind, werden, so sie sich innerhalb der Grenzen einer Gemein-

de befinden, den Gemeinden, und wenn sie außerhalb dieser Grenzen liegen, den Provinzverwaltungen übertragen.

Verehrte Abgeordnete,

Unsere Regierung glaubt daran, dass das letztendliche Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung es ist, die Lebensqualität der Menschen zu steigern.

Die unternehmerische Kraft unserer Nation ist die wichtigste Quelle für wirtschaftliche Entwicklung. Die wichtigste Rolle des Staates in der Wirtschaft ist es, auf den Märkten die Voraussetzungen für freien Wettbewerb zu schaffen und Hindernisse für das Unternehmertum aus dem Weg zu räumen.

Es ist das wichtigste Ziel **unserer Regierung**, das Vertrauen in den Staat wiederherzustellen. Der Staat wird durch Regulierung und Kontrolle für das reibungslose Funktionieren des Systems des freien Marktes sorgen, die Produktivität steigern und einer Manipulation des Systems vorbeugen.

Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union ist im Hinblick auf wirtschaftliche und demokratische Entwicklung unser vorrangiges Ziel. Andererseits werden die von der EU gesetzten wirtschaftlichen und demokratischen Standards sowie gesetzliche und institutionelle Regelungen unterstützt werden, ohne dies an die Bedingung Vollmitgliedschaft zu knüpfen.

Auch andere regionale Zugehörigkeiten, die aus unseren historischen, geographischen und wirtschaftlichen Bindungen resultieren, und Initiativen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern werden, verstanden als eine Ergänzung zur EU, weitergeführt werden.

Verehrte Abgeordnete,

Weil aufgrund der Durchführung falscher Programme und wegen administrativer Fehler notwendige Reformen nicht umgesetzt werden konnten, hat unser Land heute mit massiven Problemen wie hoher Inflation, einer hohen Staatsverschuldung, geringem Wachstum, einer unausgewogenen Einkommensverteilung und hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Unsere Regierung wird, um die Inflation auf einen einstelligen Wert zurückzuschrauben, die Staatsverschuldung zu senken und ein hohes und stabiles Wachstum zu erreichen, ein neues Wirtschaftsprogramm auf den Weg bringen, das die Unterstützung unserer Gesellschaft erhalten wird, und dabei auch beachten, welche Teile des gegenwärtigen Wirtschaftsprogramms schleppend und unzureichend sind.

Es ist offensichtlich, dass es mit dem in der Türkei insbesondere in letzter Zeit angewandten Wachstumsmodell, das sich auf öffentliche Defizite stützt und nur durch den Zufluss heißer Gelder finanziert wird, so nicht weitergehen kann. Die wichtigsten Ressourcen, aus

denen wir Wachstum schaffen können, sind ein Anstieg der Produktivität, die Aktivierung brachliegender Produktionsfaktoren, die Produktion international wettbewerbsfähiger Güter und Dienstleistungen sowie der direkte Zufluss von ausländischem Kapital.

Vorrangiges Ziel der Finanzpolitik **unserer Regierung** ist es, durch die Schaffung von Haushaltsdisziplin die Staatsverschuldung auf ein nachhaltiges Niveau zu senken und einen primären Überschuss zu erwirtschaften, der die makroökonomische Stabilität bewahren soll. Während das Volumen des primären Überschusses auf einem Niveau festgesetzt werden wird, das es der Staatsverschuldung ermöglicht, sich in einer nachhaltigen Struktur zu entwickeln, wird seine Zusammensetzung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Rentabilität, der Wachstumsrate und der Sozialpolitik strukturiert werden. In diesem Rahmen werden, vorausgesetzt, dass man innerhalb der Zielvorgabe des primären Überschusses bleibt, unrentable Ausgaben eingeschränkt und vorsichtig Maßnahmen erwogen wie die Erhöhung produktiver Ausgaben oder Steuersenkungen zur Belebung der wirtschaftlichen Aktivität.

Die Staatsverschuldung soll nachhaltig und auf ein akzeptables Niveau reduziert werden. Um das zu erreichen wird weiter versucht werden, einen Überschuss im Primärsaldo zu erwirtschaften, die Privatisierung wird beschleunigt werden, es werden zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden, es wird ein stabiles Wirtschaftswachstum gewährleistet werden und es werden das Vertrauen und die Stabilität geschaffen werden, die notwendig sind, um die realen Zinssätze schnell auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen.

Mit dem Sinken der Staatsverschuldung wird das Abschöpfen von Geldern aus dem Finanzsektor durch öffentliche Institutionen enden und die Mittel im Finanzsektor werden Institutionen des Privatsektors zugeleitet. So wird es zu einem Zuwachs an Investitionen, Produktion und Beschäftigung kommen.

In der Geldpolitik wird die Strategie fortgesetzt werden, kurzfristig die Inflation zu senken und mittelfristig der Preisstabilität Priorität zu geben. **Die Unabhängigkeit der Zentralbank wird gewahrt werden.** Nachdem eine dauerhafte Reduzierung der Inflation erreicht und das Vertrauen in die Geldpolitik hergestellt wurde, wird die Zentralbank bei der Umsetzung ihrer Geldpolitik auch darauf achten, Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, solange dies die Preisstabilität nicht gefährdet.

Mit dem Ziel, für Berechenbarkeit bei den Devisenkursen zu sorgen, wird ein Markt für Termingeschäfte in Devisen geschaffen werden. Parallel zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität wird auch bei den Wechselkursen für Stabilität gesorgt werden.

Die Politik flexibler Wechselkurse wird fortgesetzt werden. Jedoch wird die Zentralbank bei Schwankungen auf den Devisenmärkten, die **spekulativer Natur** sind und **nicht**

mit den makroökonomischen Grundlagen zusammenhängen, sensibler intervenieren. Um zu verhindern, dass die Stabilität der Devisenkurse ausgenutzt wird, um durch die Schaffung ungedeckter Positionen Gewinne zu erzielen, wird dafür Sorge getragen werden, dass die ungedeckten Positionen der Banken einer strengen Kontrolle durch die Bankenaufsichtsbehörde und die Zentralbank unterworfen werden.

Verehrte Abgeordnete,

Die Strukturreformen, die wir durchführen werden, werden das makroökonomische Gleichgewicht dauerhaft festigen, die Schockresistenz, die Leistungs- und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen und sicherstellen, dass unser Produktionspotential voll ausgeschöpft wird. Diese Reformen werden mit der Unterstützung aller Teile der Gesellschaft und unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des Landes schnell auf den Weg gebracht werden.

Das Strukturreformprogramm, das unsere Regierung in der Wirtschaft umsetzen wird, wird u.a. folgende Punkte umfassen:

- Neustrukturierung des öffentlichen Dienstes
- Disziplin, Sparsamkeit und Transparenz bei den Staatsausgaben
- Beschleunigung der Privatisierung
- Verbesserung der Bedingungen für in- und ausländische Investoren
- Reform des Finanzsektors und des Systems der sozialen Sicherheit
- Neugestaltung der Landwirtschaft und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit

Neben der Schaffung monetärer und finanzieller Disziplin wird die Umsetzung der Strukturreformen in unserem Lande **eine Vertrauensatmosphäre herstellen** und **Unsicherheiten abbauen**. Damit verbunden, werden Inflation und Realzins dauerhaft gesenkt werden. In Ergänzung der auf die Gewährleistung makroökonomischer Stabilität ausgerichteten Geld- und Finanzpolitik wird die für die Belegung des produzierenden Sektors notwendige Unterstützung gewährt und mit der Erhöhung von Produktion, Investitionen, Export und Beschäftigung wird das angestrebte Wachstumsniveau erreicht werden.

Unsere Regierung wird sich – und das ist eine Notwendigkeit der sozialen Verantwortung, die sie übernommen hat – um die von der Krise negativ betroffenen Teile der Gesellschaft kümmern und soziale Hilfsprojekte auf den Weg bringen.

Verehrte Abgeordnete,

Offiziellen Angaben zufolge leben 15 % unserer Bevölkerung **unter der Armutsgrenze**. Unsere Regierung wird diesen beklagenswerten Zustand, der einen Verstoß gegen die Menschenrechte und die Verfassung darstellt, nicht gleichgültig hinnehmen. Unsere Regie-

rung wird im Rahmen ihrer Sozialpolitik der Lösung dieses drängenden Problems Priorität einräumen.

Unsere Regierung wird mit großer politischer Entschlossenheit hinter den Wirtschaftsprogrammen stehen, die sie angekündigt hat. So werden innerhalb sehr kurzer Zeit das Vertrauen und die Berechenbarkeit hergestellt, die in der Wirtschaft so dringend vonnöten sind.

Herr Präsident, Verehrte Abgeordnete,

Bei der Umsetzung der fiskalpolitischen Maßnahmen unserer Regierung werden das Wirtschaftsprogramm und die Gleichgewichte im öffentlichen Sektor im Auge behalten und der produzierende Sektor und die Sozialpolitik berücksichtigt werden. In diesem Rahmen wird, um unser Steuersystem zu sanieren, eine umfassende Steuerreform in die Tat umgesetzt werden.

Ausgangspunkt dieser Reform werden die Grundsätze Steuergerechtigkeit und Kaufkraft sein. Wir werden nie aus dem Auge verlieren, dass diese Prinzipien und eine gesunde Steuerstruktur allein mit den in der Steuergesetzgebung vorzunehmenden Änderungen nicht verwirklicht werden können, dass die praktische Umsetzung gleichermaßen wichtig ist und dass es auf diesem Gebiet viel zu tun gibt.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler des Wirtschaftsprogramms, dass wir auf den Weg bringen werden, wird eine Reform der öffentlichen Ausgaben sein. Die Reform der öffentlichen Ausgaben, durch die das ineffektive, unproduktive und nicht transparente System der öffentlichen Ausgaben verbessert werden soll, wird folgende vier Ziele verfolgen:

- Gewährleistung makroökonomischer Stabilität
- Mittelallokation gemäß strategischer Dienstprioritäten
- Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gemäß den Prinzipien Konsequenz, Produktivität und Effizienz
- Schaffung von Transparenz durch Rechenschaftsberichte über die Ausübung finanzieller Kompetenzen.

Mit unserem neuen Finanzverwaltungskonzept werden Korruption und Verschwendung verhindert, indem die Öffentlichkeit und unsere Bevölkerung besser informiert werden. Diese neue Methode wird es möglich machen, **mit weniger Mitteln mehr zu bewerkstelligen**.

Verehrte Abgeordnete,

In den letzten Jahren ist die Vermittlerfunktion des Finanzsektors zwischen Sparern und Investoren schwächer geworden, der Sektor selbst ist krisenanfällig und unproduktiv ge-

worden und von den Wirtschaftskrisen schwer angeschlagen. Hauptziel der politischen Maßnahmen, die wir umsetzen werden, um den Finanzsektor zu sanieren, ist es, ein Finanzsystem zu schaffen, das

- produktive Investitionen, Wachstum und makroökonomische Stabilität fördert,
- schockresistent ist und reibungslos funktioniert,
- die von unserer Wirtschaft benötigten langfristigen Mittel bereitstellt,
- die Finanztiefe steigert, indem es das Wachstum des Finanzsektors gewährleistet,
- im Finanzsystem Wettbewerbsbedingungen schafft und
- bewirkt, dass das System effizienter und produktiver arbeitet.

Verehrte Abgeordnete,

Ein Großteil der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand (Kamu İktisadi Teşebbüsleri, KİT) sind in den Sektoren, in denen sie tätig sind, Monopolisten oder in einer dominierenden Position. Die Tatsache, dass sie in einem Umfeld arbeiten, das durch die Nutzung der Vorteile des öffentlichen Eigentums ohne Risiko ist, verhindert das Funktionieren des Marktmechanismus. Es ist unumgänglich geworden, die KİT, die infolge politischer Interventionen ihren ökonomischen Rationalismus eingebüßt haben und dadurch zu einer Belastung für die Öffentlichkeit geworden sind, zu privatisieren.

Hauptziel der Privatisierung ist es, in der Wirtschaft die Voraussetzungen zu schaffen, die für ein besseres Funktionieren des freien Marktes nötig sind, und Effizienz und Produktivität zu steigern. Die wirtschaftliche Rolle der öffentlichen Hand in der Marktwirtschaft ist es, diejenigen Regelungs- und Kontrollmechanismen zu schaffen, die für das einwandfreie Funktionieren des Marktmechanismus notwendig sind.

Unsere Regierung, die entschlossen ist, die KİT zu privatisieren, wird politische Konzepte zur Beschleunigung des Privatisierungsprozesses und seiner Umsetzung entwickeln und die dafür notwendigen Maßnahmen treffen.

Verehrte Abgeordnete,

Über Staatliche Investitionsförderung und Ausländische Direktinvestitionen wird je ein Rahmengesetz verabschiedet werden, bürokratische und administrative Hindernisse für Investoren werden aus dem Weg geräumt werden, und die Zuständigkeit für die Formulierung von politischen Konzepten für in- und ausländische Direktinvestitionen wird in einer Hand zusammengeführt werden.

Es wird dafür gesorgt werden, dass die Umsetzung dieser Konzepte, wo nötig, von kommunalen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie etwa Berufsverbänden geleistet wird.

Das neu zu errichtende System wird für die Ansichten und Vorschläge von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen empfänglich sein und es wird flexible, praktische, rechtzeitige und angemessene Interventionen ermöglichen.

Innerhalb der Staatsplanungsorganisation DPT wird eine neue Stelle geschaffen werden, deren Aufgabe es sein wird, die Politik der Staatlichen Investitionsförderung zu definieren, die staatliche Förderung, die alle Institutionen und Einrichtungen umsetzen werden, zu koordinieren, die Umsetzungsergebnisse zu bewerten und der EU darüber zu berichten. So werden alle politischen Konzepte – auch unter Berücksichtigung der Entwicklungspläne und der jährlichen Programme – von einer einzigen Instanz formuliert und ausgearbeitet und anhand der Umsetzungsergebnisse werden auf regionaler und sektoraler Basis neue Maßnahmen bestimmt.

Unter Berücksichtigung des Acquis Communautaire der EU und anderer internationaler Verpflichtungen werden Elemente steuerlicher Förderung, die momentan im Rahmen von Investitionsförderungsdokumenten angewandt werden und die unnötige bürokratische Prozeduren beinhalten, durch Änderungen in den entsprechenden Gesetzen automatisch und ohne Investitionsförderungsdokument auf alle Investitionen, einschließlich der KMU, angewandt werden.

Verehrte Abgeordnete,

Zum Schutz vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung, um uns von sektoralen und regionalen Abhängigkeiten zu befreien und um wettbewerbsfähige Bereiche zu definieren, wird mit Beteiligung des Privatsektors eine exportorientierte strategische Planung durchgeführt werden. Die Gesetzgebung zur Exportförderung wird einer langfristigen Strategie entsprechend und durch die Koordination aller betroffenen Institutionen einer Revision unterzogen werden.

Um bei den hergestellten Produkten einen höheren Mehrwert zu erzielen, werden Unternehmen, die ihre eigene Marke exportieren, unterstützt werden.

Um die Wettbewerbsfähigkeit exportierender Unternehmen steigern zu können, werden die hohen Steuern auf Beschäftigung und Information gesenkt und die Inputkosten der Unternehmen, insbesondere die Energiekosten, reduziert werden.

Es werden die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Grenzhandel neu zu regeln.

Es werden Regelungen getroffen werden, die erforderlich sind für die Schaffung von Devisenterminmärkten und – indem es Exporteuren ermöglicht wird, sich gegen Devisenkurschwankungen zu versichern – für den Abbau von Exportrisiken.

Die Eximbank wird neugestaltet und ihre Finanzstruktur gestärkt werden, damit sie zum Motor unserer Exportoffensive werden kann; bürokratische Prozeduren werden abgebaut und vereinfacht werden und es werden Maßnahmen getroffen werden, die insbesondere die Garantiefreie erleichtern werden.

Verehrte Abgeordnete,

Um die Sicherheit und die Vielfalt von Angebot und Ressourcen zu gewährleisten, um den Investitionsbedarf des Landes auf diesem Gebiet zu bestimmen und um die benötigte Energie ökonomisch und zuverlässig beschaffen zu können, werden langfristige Strategien und politische Konzepte entwickelt werden.

Um den Verkaufspreis von elektrischer Energie zu senken und insbesondere um dem Industriesektor preiswerte Energie zu verschaffen, werden die Bemühungen zur Senkung der Stromerzeugungskosten, des Anteils verlorengegangenen bzw. abgezapften Stroms, unrentablen Verbrauchs sowie des Anteils von Steuern und Abgaben am Verkaufspreis fortgesetzt werden.

Die Öffnung des Energiemarktes für den Wettbewerb wird beschleunigt werden. In diesem Zusammenhang werden die Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche des Regulierungsausschusses für den Energiemarkt und des Ministeriums für Energie und Rohstoffe klarer voneinander abgegrenzt werden, so dass die Rolle des Ministeriums bei der Formulierung politischer Konzepte gestärkt und Fragen der praktischen Umsetzung dem Regulierungsausschuss für den Energiemarkt überlassen werden. In diesem Zusammenhang wird die Privatisierung von Stromerzeugungs- und Stromverteilungsanlagen beschleunigt werden.

Die Betreibermodelle Build-Operate-Transfer, Build-Operate und İşletme Hakkı Devri („Übertragung des Betreiberrechts“) werden überprüft werden, die Probleme mit Unternehmen, die basierend auf einer Genehmigung oder einem Vertrag durch den Privatsektor betrieben werden, werden so schnell wie möglich gelöst werden.

Durch die Nutzung der Chancen unseres Landes, ein Terminal für die Verteilung des Erdöls und Erdgases unserer Nachbarstaaten auf die Weltmärkte zu werden, wird unser Land zu einer regionalen Macht in punkto Energie aufsteigen. In diesem Zusammenhang wird der Entwicklung einer Marktordnung und einer Verteilungsinfrastruktur, die es möglich machen, auf dem Gebiet der elektrischen Energie mit den Ländern Europas und denen der Region Stromhandel zu betreiben, Bedeutung beigemessen werden. Insbesondere werden politische Maßnahmen, die darauf abzielen, das Erdgas und Erdöl des Kaspischen Meeres über unser Land auf die Weltmärkte zu transportieren, fortgeführt werden.

Es wird eine Energiepolitik entwickelt werden, die bei der Energieproduktion heimische Ressourcen bevorzugt.

Es wird dafür Sorge getragen werden, dass unsere Erdöl- und Erdgaspolitik durch die Abstimmung auf unsere Außenpolitik zu einem einenden Element in den Beziehungen zu unseren Bruderstaaten **in Zentralasien und dem Kaukasus** wird.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Umwelt einen Wert und einen Kostenfaktor darstellt, werden die während des Energieumwandlungsprozesses zutage tretenden Verschmutzer genauestens kontrolliert werden, und um die Umwelt zu schützen wird man sich Umwandlungstechnologien und saubere Energiequellen zunutze machen.

Verehrte Abgeordnete,

Im Bergbausektor wird, indem der Schwerpunkt auf die Suche nach neuen Lagerstätten gelegt wird, sichergestellt werden, dass unsere Reserven an ökonomisch abbaufähigem Erz zunehmen, dass der Rohstoffbedarf des Industrie- und des Energiesektors billig und zuverlässig gedeckt wird und dass unser Export verarbeiteter Produkte steigt.

Folgende Maßnahmen sollen zu diesem Zweck getroffen werden:

- Bergwerke, deren Konzession die öffentliche Hand besitzt, werden stufenweise dem Privatsektor übertragen werden und es werden Maßnahmen getroffen werden, die Bürokratie auf den einzelnen Stufen der Suche und des Abbaus des Erzes zu verringern.
- Die Ausfuhr von bearbeitetem Marmor, dessen Mehrwert hoch ist und bei dem wir über ein hohes Marktpotential und über einen komparativen Vorteil verfügen, wird gefördert werden.
- Aktivitäten, die mit der Suche nach industriellen Mineralien, deren Abbau und deren Endverwendung zu tun haben, wird Bedeutung beigemessen werden.
- Bei der Erzproduktion wird sorgfältig darauf geachtet werden, die Umwelt nicht zu schädigen.
- Borax-Unternehmen werden eine autonome Struktur bekommen und es wird ein Borax-Forschungsinstitut gegründet werden.

Verehrte Abgeordnete,

Im Verkehrssektor ist es erste Priorität unserer Regierung sicherzustellen, dass die Untersektoren des Verkehrssektors untereinander vereinheitlicht werden, für den größtmöglichen Beitrag zum Ziel des Wirtschaftswachstums zu sorgen und eine Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, die die Umwelt nicht zerstört. Dementsprechend wird, um eine Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, die den Erwartungen der Wirtschaft des Landes und des gesellschaftlichen

Lebens entspricht, ein **Generalplan für Verkehr** erarbeitet werden, der das Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Beförderungsarten sicherstellen wird.

Es wird ein **Verkehrsinformationssystem** entwickelt werden, das die Gesamtheit der Verkehrsuntersektoren erfassen wird.

Besonderen Vorrang wird **unsere Regierung** – gemeinsam mit dem Privatsektor und modernen Managementkonzepten entsprechend – der Entwicklung unserer **Eisenbahn** einräumen, die hierzulande jahrelang ihrem Schicksal überlassen worden ist. Zu diesem Zweck wird die Generaldirektion der TCDD (Staatsbahn der Türkischen Republik) umstrukturiert werden.

Verehrte Abgeordnete,

Als eine Notwendigkeit nachhaltiger Tourismuspolitik werden wir uns die Haltung zu eigen machen, uns bei allen Handlungen auf dem Gebiet des Tourismus die Forderungen und Erfordernisse des natürlichen, kulturellen und sozialen Umfeldes vor Augen zu halten.

Im Tourismussektor werden sich alle politischen Maßnahmen auf den Gebieten Management, Investitionen und Marketing von der bisherigen **„produkt- und unternehmensorientierten“** Konzeption lösen und sich einer in Harmonie mit dem natürlichen, kulturellen und sozialen Umfeld gestalteten, **„destinationsorientierten“** Konzeption zuwenden.

Die Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Beziehungen des Tourismusministeriums, der sektoralen Organisationen und der kommunalen Gebietskörperschaften werden im Sinne der oben dargelegten Konzeption einen neuen gesetzlichen Rahmen bekommen. Mit diesen Regelungen wird eine gesetzliche Infrastruktur entwickelt werden, die die Kompetenzen und Möglichkeiten der Sektororganisationen und der kommunalen Gebietskörperschaften erweitert.

Werbeprojekten, die darauf abzielen, die **„Türkei“** als Tourismusland zu einem Markenprodukt zu machen, wird Bedeutung beigemessen werden, und es wird darauf geachtet werden, diese Projekte insbesondere mit unserer Außenhandels- und Fremdkapitalpolitik zu koordinieren.

Durch die Mobilisierung des reichen Tourismuspotentials unseres Landes wird eine Offensive gestartet werden, die geeignet ist, uns auf den Gebieten des Geschäfts- und Kongresstourismus, des Messen-, des Sport- und des Kulturtourismus, die ein großes Stück des weltweiten „Tourismuskuchens“ ausmachen, auf das Niveau zu bringen, das wir auf dem Gebiet des Erholungstourismus erreicht haben.

Istanbul mit seinem enormen Tourismuspotential wird dabei gesondert behandelt und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften wird alles dafür getan werden, dieses Potential zu mobilisieren.

Tourismusinvestitionen werden im Sinne der „**Regionalentwicklung**“ als ein wichtiges Instrument bei der Akquisition von Fremdkapital genutzt werden. In diesem Rahmen werden die gesetzlichen Regelungen vorgenommen werden, die es ermöglichen, Grundbesitz an Ausländer zu veräußern, es werden neue Tourismusgebiete geschaffen werden und es werden nennenswerte Zuwächse bei den Tourismuseinnahmen unseres Landes erzielt werden können.

Verehrte Abgeordnete,

Bedauerlicherweise sind die Dorfbewohner und Landwirte in unserem Lande jahrelang vernachlässigt worden, und die einschneidende Wirtschaftskrise insbesondere in den letzten Jahren hat unseren in der Landwirtschaft tätigen Mitbürgern schwer geschadet. Das gegenwärtig angewandte Wirtschaftsprogramm hat den Problemen dieses Sektors leider nicht das nötige Feingefühl entgegengebracht und unsere Landwirte in eine noch prekärere Lage gebracht.

Der Anteil des Agrarsektors am türkischen BSP ist auf 14% gesunken. Andererseits arbeiten fast 40% aller zivilen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Aus diesem Grund wird der Agrarsektor nicht nur im Rahmen der Wirtschaftspolitik, sondern vor allem im Rahmen der Sozialpolitik in Angriff genommen werden.

Grundlegendes Ziel unserer Agrarpolitik ist es zu erreichen, dass sich unser Land nicht damit begnügt, genügend Grundnahrungsmittel für sich selbst zu produzieren, sondern dass es im internationalen Wettbewerb mithalten kann, dass ertragbringende Agrarflächen stets in bewirtschaftbarem Zustand gehalten werden und dass die Produktivität der landwirtschaftlichen Erzeugung gesteigert wird.

Um diese grundlegenden Ziele zu erreichen, werden die folgenden politischen Konzepte umgesetzt werden:

- Auf Grundlage der Preisbildung auf dem freien Markt wird dafür Sorge getragen werden, dass sich die Produktion nach der Nachfrage unter Marktbedingungen richtet. Der Staat wird sich aus dem Handel mit Agrarprodukten zurückziehen.
- Die Entwicklung von Warenbörsen wird gefördert werden, und es werden die notwendigen Maßnahmen für die Aufnahme von Termingeschäften an diesen Börsen ergriffen werden.

- Die staatliche Förderung der Landwirtschaft wird im Rahmen gesonderter Projekte für jede Region und jedes Produkt erfolgen. Bei der Umsetzung der Programme werden die Gegebenheiten unseres Landes berücksichtigt werden.
- Auf dem Gebiet der Viehzucht werden Erzeugerzusammenschlüsse gefördert werden. Es werden größere Betriebe entstehen, wodurch steigende Skalenerträge realisiert werden können.
- Die Gründung integrierter Viehzuchtbetriebe wird gefördert werden.

Verehrte Abgeordnete,

Obwohl die Wirtschaftspolitik zur Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt und zur Schaffung von Lebensqualität für die Menschen unbedingt notwendig ist, so bleibt sie allein doch unzureichend. Eine Wirtschaftspolitik, die nicht mit wirksamen sozialpolitischen Maßnahmen einhergeht, wird, weil sie keine Unterstützung aus der Bevölkerung bezieht, erfolglos bleiben. Aus diesem Grund wird **unsere Regierung** Wirtschaftsentwicklungspolitik und Sozialpolitik in einem ausgewogenen Verhältnis betreiben.

Im gemeinsam mit dem IWF auf den Weg gebrachten „Programm für den Übergang zu einer starken Wirtschaft“ hat man den Schwerpunkt auf den Finanzsektor gelegt und die soziale Dimension vernachlässigt. Die Folge davon war, dass es auf dem Gebiet der Sozialpolitik keinerlei Entwicklung gegeben hat, dass insbesondere der einkommensschwache Teil unserer Gesellschaft stärker von der Wirtschaftskrise betroffen war und dass es zu einigen bislang nie dagewesenen sozialen Protestreaktionen gekommen ist. Wenn nicht einige soziale Maßnahmen getroffen werden, um diese Menschen vor den Auswirkungen der Krise zu schützen, so werden die in Zukunft auftretenden sozialen Proteste Ausmaße annehmen, die schwer abzuschätzen sind.

Verehrte Abgeordnete,

In den letzten Jahren– insbesondere unter dem Einfluss der Wirtschaftskrisen – hat die Einkommensverteilung zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten großen Schaden genommen. Das Sinken der Reallöhne und die Arbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass es beim Wohlstandsniveau unserer Bevölkerung zu erheblichen Einbrüchen gekommen ist. In den ärmeren Bevölkerungsschichten, deren Krisenresistenz sich allmählich aufzehrt, sind die sozialen Nöte gestiegen.

Die Türkei ist unter den OECD-Staaten inzwischen zu einem der Länder mit der un- ausgeglichsten Einkommensverteilung geworden.

Die besonders in den Städten zunehmende Armut führt zur Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung aus dem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben und zu einer

allmählichen **Marginalisierung** dieser Menschen. Dieser Umstand ist Grund für die Störung von Ruhe und Ordnung in den Städten, für ein Auseinanderdriften der Lebensstandards von Arm und Reich, für gesellschaftliche Polarisierung sowie für die Verbreitung eines Gefühls der „**Resignation**“.

Neben dem Missverhältnis in der Einkommensverteilung zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten bestehen auch die Entwicklungsdisparitäten zwischen den Regionen und Provinzen fort und vergrößern sich weiter.

Den „**Menschen**“ ins Zentrum wirtschaftlicher Entwicklung zu setzen, erachtet **unsere Regierung** nicht nur als notwendig für eine Verbesserung der Einkommensverteilung und für den Erfolg der politischen Maßnahmen im Kampf gegen die Armut, sondern auch als eine „**moralische**“ Verpflichtung.

Dieser Konzeption folgend, werden in den Bereichen Einkommensverteilung und Kampf gegen die Armut die folgenden politischen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden:

- Bei dem Wirtschaftsprogramm und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die **unsere Regierung** umsetzen wird, werden wir auf „**soziale Gerechtigkeit**“ achten und uns ein neues Verständnis von Entwicklung zu eigen machen, das den „**Menschen**“ in den Mittelpunkt stellt. Das umzusetzende Wirtschaftsprogramm wird abgestimmt sein auf die Sozialpolitik, es wird für soziale Integration und Solidarität sorgen, die Arbeitslosigkeit senken und die Armut beseitigen; es wird eine humane Struktur haben, die die **gerechte Verteilung** der Segnungen des Wirtschaftswachstums gewährleistet.
- Die Steuerlast der erwerbstätigen Bevölkerung wird stufenweise verringert werden.
- Ein umfangreiches Programm zur „**Bekämpfung der Armut**“ wird auf den Weg gebracht werden.
- Es wird eine Datenbank angelegt werden, um Dienstleistungen für den unter der Armutsgrenze lebenden Teil der Bevölkerung sinnvoll realisieren zu können und die Familien, die unter der Armutsgrenze leben, werden erfasst und unterstützt werden.
- Mit dem Ziel, Chancengleichheit in der Ausbildung zu gewährleisten und eine gesunde Generation großzuziehen, werden Kindern von Familien, die unter der Armutsgrenze leben, Hilfen in den Bereichen Bildung und Gesundheit gewährt werden.

Verehrte Abgeordnete,

Korruption ist „**der Missbrauch öffentlicher Mittel zum persönlichen Nutzen**“. Korruption, die Produkt und Indikator sozialer, ökonomischer, kultureller, politischer und vor allem moralischer Verderbtheit und Verkommenheit ist, schwächt das Vertrauen der Bevölkerung in die Bürokratie, in politische Institutionen und ganz allgemein in den Staat und die Justiz.

Erste Priorität bei der Bekämpfung der Korruption wird es sein, die Politik und die öffentliche Verwaltung von Korruption zu säubern. Dadurch, dass sich während dieses Kampfes die weiten Teile der Gesellschaft, die sauber geblieben sind, sowie die zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Lösung des Problems beteiligen, wird der Kampf zu einer Sache der Allgemeinheit gemacht werden.

Um Korruption bei Mechanismen der Ressourcenallokation abbauen zu können, wird dadurch, dass bei Steuern, der Vergabe öffentlicher Aufträge, staatlichen Hilfen, Krediten, Fördergeldern, Subventionen, Zollangelegenheiten, Einstellungen, Beförderungen und Ernennungen sowie in den Beziehungen zwischen Politik und Kapital Transparenz geschaffen wird, politischer Vetternwirtschaft vorgebeugt werden.

Im Rahmen der Korruptionsbekämpfung wird **unsere Regierung** die folgenden Maßnahmen ergreifen:

- Unter Berücksichtigung der Beziehung zwischen Korruption und moralischer Verkommenheit werden die Standards insbesondere in den Bereichen Berufs- und Arbeitsmoral angehoben werden, und in der öffentlichen Verwaltung wird der Vertrauenswürdigkeit mindestens soviel Bedeutung beigemessen werden wie der technischen Qualifikation.
- Um die **Finanzierung der Politik** transparent zu machen und an objektive Kriterien zu knüpfen, werden im Parteiengesetz die notwendigen Regelungen getroffen werden.
- Die Strafen für Korruption und Unregelmäßigkeiten werden verschärft werden, und durch Beschleunigung des Rechtsprozesses wird verhindert werden, dass die Korruption das Justizsystem überschattet.
- Die „**Geheimhaltungskultur**“, die sich in der öffentlichen Verwaltung unnötig weit ausgebreitet hat, wird bekämpft werden, bei allen öffentlichen Angelegenheiten und Abläufen wird **Transparenz** zur Regel und Geheimhaltung zur Ausnahme werden. Das „**Gesetz über das Recht des Bürgers auf Kenntnisnahme**“ wird

verabschiedet werden und die Dokumentenmanagementsysteme und Entscheidungsfindungsprozesse öffentlicher Institutionen werden neu geregelt werden.

- Die komplexe Struktur zwischen den öffentlichen Kontrollstellen wird vereinfacht werden, es werden Maßnahmen getroffen werden, die eine leistungsorientierte, effiziente Kontrolle ermöglichen, und die Zahl nicht kontrollierbarer Bereiche wird auf ein Minimum reduziert werden.
- Das Kontrollsystem in der öffentlichen Verwaltung, das dermaßen schwerfällig und wenig ergebnisorientiert ist, dass es sogar verhindert, dass Entscheider Entscheidungen treffen, wird in ein effizientes und ergebnisorientiertes Kontrollsystem umgewandelt werden.
- Die Beteiligung der Türkei an der im Rahmen des Europarates gebildeten Staaten-Gruppe gegen Korruption (GRECO) wird sichergestellt werden und die vom Europarat erarbeitete Strafrechtskonvention über Korruption sowie die Zivilrechtskonvention über Korruption werden unterzeichnet und ratifiziert werden. Bei der Bekämpfung der Korruption wird internationaler Zusammenarbeit Bedeutung beigegeben werden.

Verehrte Abgeordnete,

Eine der fundamentalen Aufgaben des modernen Staates ist es, Arbeitsplätze zu schaffen, die es seinen Bürgern ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Unser Land mit seiner jungen Bevölkerung ist mit dem Problem „**struktureller Arbeitslosigkeit**“ konfrontiert, das daraus resultiert, dass nicht genügend Beschäftigungsfelder für die wachsende Bevölkerung erschlossen werden konnten. Um diese Probleme zu lösen und die Arbeitslosigkeit zu senken, werden die folgenden Maßnahmen getroffen werden:

- Bei der Festlegung der nationalen Wirtschaftsstrategie wird Vollbeschäftigung angestrebt werden. Mit diesem Ziel vor Augen werden politische Konzepte entwickelt werden, die auf Wirtschaftswachstum, die Steigerung der Investitionen des produzierenden Sektors und Produktion ausgerichtet sind.
- Es wird eine Personalplanung erfolgen, die den Realitäten des Landes und den technologischen Entwicklungen Rechnung trägt, und es wird ein Schwerpunkt auf die berufliche und technische Ausbildung gelegt werden. Damit Arbeitslose jeden Alters ihren Interessen, Begabungen und körperlichen Voraussetzungen entsprechenden Beruf finden können, werden kurzfristige Ausbildungs- und Beratungsdienste eingerichtet werden.

- Die auf Beschäftigung erhobenen Steuern und Abgaben werden einer Revision unterzogen und durch Ergreifung der notwendigen Maßnahmen wird illegaler Beschäftigung und der Einstellung ausländischer Schwarzarbeiter, was zu unlauterem Wettbewerb führt, ein Riegel vorgeschoben werden.
- Unter Berücksichtigung ihrer Effizienz und Flexibilität bei der Schaffung von Beschäftigung, ihrer Anpassungsfähigkeit an konjunkturelle Schwankungen sowie ihrer Bedeutung bei der Beseitigung interregionaler Entwicklungs- und Einkommensdisparitäten, wird die Entwicklung der KMU unterstützt werden.
- Da der Bausektor ein arbeitsintensiver Sektor ist und da er über einhundert Untersektoren in Bewegung hält, werden Maßnahmen zu seiner Belebung getroffen werden.

Verehrte Abgeordnete,

Unsere Regierung hat es sich zur grundlegenden Politik gemacht, einerseits die kulturellen Werte und den kulturellen Reichtum, die uns zu „uns“ machen, zu bewahren, zu entwickeln und zukünftigen Generationen weiterzugeben, und andererseits der kulturellen Degeneration vorzubeugen.

Die Quelle und die Lösung für viele unserer Probleme liegen in der Bildung. In der Bildung ist das Hauptziel **UNSERER REGIERUNG**, „**Generationen großzuziehen, deren Gedanken, deren Gewissen und deren Wissen frei ist**“, wie der große Führer ATATÜRK es in einem seiner Aphorismen ausdrückte.

Zu diesem Zweck wird, um wie in jedem Bereich so auch im Nationalen Türkischen Bildungssystem zu einer den Menschen in den Mittelpunkt stellenden Konzeption zu gelangen, eine Restrukturierung erfolgen, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den Erfordernissen moderner Zivilisation entspricht.

Ziel unserer modernen und demokratischen nationalen Bildungsreform ist es, innerhalb einer universellen Standards entsprechenden Struktur diejenigen Bedingungen und Chancen zu schaffen und der Gesellschaft zugänglich zu machen, die geeignet sind, Individuen auszubilden, die

- frei denken und unabhängig entscheiden können,
- offen für Neues sind,
- Selbstvertrauen haben,
- das Leben positiv sehen,
- ein entwickeltes Problemlösungs-, Kommunikations- und Organisationstalent haben,

- Wissen und Technologie hervorbringen können
- und ein Feingefühl für die Werte der Gesellschaft haben, in der sie leben.

Maßnahmen zur Sicherung qualifizierter Ausbildung in unserem Land:

- Parallel zu der weltweit sich vollziehenden Veränderung im Verwaltungsverständnis wird sichergestellt werden, dass Kommunalverwaltungen, Privatsektor und zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Gestaltung und Umsetzung von Bildungspolitik die Initiative ergreifen und sich beteiligen; in der Bildung wird man sich eine auf Good Governance und Demokratie beruhende Konzeption zu eigen machen.
- Bildungsmethoden, die auf Vorurteilen und auf reinem Auswendiglernen basieren, werden aufgegeben werden.
- In der Bildung und Lehre wird eine demokratische und moderne Konzeption befolgt werden, die universellen Werten Priorität einräumt und den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Man wird genau nach modernen Bildungsmethoden und -technologien vorgehen und bei Schülern wird insbesondere dem Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit Computern und anderen Technologien besondere Bedeutung beigemessen werden. Auf jeder Stufe der formalen und der nicht-formalen Bildung wird E-Bildung zur Anwendung kommen.
- Die Zentralorganisation des Nationalen Bildungsministeriums wird so umstrukturiert werden, dass eine effiziente Koordination der Bildungsdienstleistungen möglich wird; Kompetenzen, die sich auf höheren Verwaltungsebenen befinden, werden zu gleichen Teilen auf untere und kommunale Einheiten übertragen werden, und die Rolle der kommunalen Gebietskörperschaften in der Bildung wird aufgewertet werden.
- Wichtigstes tragendes Element unserer Kultur ist zweifellos unser schönes Türkisch. Damit die Weiterentwicklung des Türkischen einen gesunden Verlauf nimmt und damit es künftigen Generationen als reichere Sprache weitergegeben wird, wird durch eine zu realisierende Zusammenarbeit des Nationalen Bildungsministeriums mit dem Kulturministerium, der Gesellschaft für Türkische Sprache, den Universitäten und anderen beteiligten Institutionen der türkischen Sprache die nötige Bedeutung beigemessen werden.
- Es werden Verfahren entwickelt werden, die einerseits die Verbundenheit unserer im Ausland lebenden Bürger und ihrer Kinder mit ihrer eigenen Kultur aufrechter-

halten und die ihnen andererseits dabei helfen, sich dem Umfeld, in dem sie leben, anzupassen.

Verehrte Abgeordnete,

Indem das in unserer Verfassung definierte Laizismusprinzip und die Religions- und Gewissensfreiheit durchgesetzt werden, wird in dem in unserer Verfassung definierten Rahmen eine Religionserziehung und -lehre zu Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit gelangen, die es zu verhindern vermag, dass Religion, religiöse Gefühle oder Dinge, die von der Religion als heilig erachtet werden, ausgenutzt oder missbraucht werden, um sich politischen oder persönlichen Nutzen oder Einfluss zu sichern. So wird einerseits den Erwartungen unserer Bürger im Bereich Religionserziehung und Religionslehre entsprochen, und andererseits wird es möglich, den auf diesem Gebiet stattfindenden Missbrauch zu stoppen.

- Um dem Lehrerberuf in der Gesellschaft das Ansehen verschaffen zu können, das er verdient, werden parallel zur Erhöhung der Qualität der Lehrenden deren Arbeitsbedingungen verbessert werden.
- In jedem Bereich der Bildung wird die Privatinitiative gefördert und der Anteil der Privatinitiative an der Bildung erhöht werden.
- Auf jeder Bildungsebene wird für Chancengleichheit gesorgt werden, und jedem wird entsprechend seinen Fähigkeiten ein Höchstmaß an Bildungsdienstleistungen geboten werden.
- Das bestehende weiterführende Schulsystem, das seinen Absolventen keine ausreichende Qualifikation vermittelt, wird überarbeitet werden, und es werden Berufsausbildungsprogramme verbreitet werden.
- Hürden, die verhindern, dass man sein Recht auf Bildung und Unterricht ausübt, werden abgebaut werden, Bildung wird als ein lebenslang andauernder Prozess anerkannt und gefördert werden und zwischen den Ebenen werden horizontale und vertikale Übergangsmöglichkeiten geschaffen werden.

Verehrte Abgeordnete,

Unsere Universitäten, deren grundlegende Aufgabe es ist, Wissen frei zu schaffen und zu verbreiten, auf nationaler und internationaler Ebene wissenschaftliche Forschung und Untersuchungen zu betreiben und eine qualifizierte Ausbildung zu vermitteln, sind infolge falscher Politikmaßnahmen, die in den letzten Jahren angewendet wurden, zu Problemkindern geworden.

Unsere Regierung wird folgende Regelungen durchsetzen, die bewirken werden, dass die Universitäten zu Lehr- und Forschungsanstalten im modernen Sinne werden.

- Der Hochschulrat (YÖK) wird eine Struktur bekommen, die die Koordination zwischen den Universitäten sichert und Standards definiert; die Universitäten werden zu Forschungs- und Lehranstalten ausgebaut werden, die administrative und akademische Autonomie genießen und an denen Lehrende und Studenten frei ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit nachgehen.
- Die Universitäten werden zu einem offenen Forum werden, in dem jegliche Art von Gedanken in einem demokratischen, von Toleranz geprägten Umfeld gelehrt und diskutiert wird und in dem es keine Verbote oder Einschränkungen gibt.
- Es wird dafür gesorgt werden, dass Universitäten auf planmäßige Art und Weise landesweit stärker Verbreitung finden. Zu diesem Zweck werden für die Gründung neuer Universitäten objektive Kriterien entwickelt werden, die auch bereits vorhandene Potentiale und Möglichkeiten berücksichtigen.
- Unter Berücksichtigung auch der Potentiale in ihren jeweiligen Regionen wird dafür gesorgt werden, dass sich die Universitäten auf bestimmte Bereiche spezialisieren.
- Das bestehende System der Vergabe von Studienplätzen, das die Nachfrage nach beruflicher und technischer Ausbildung dämpft und das Grund für ungerechte Verfahrensweisen ist, wird dergestalt geändert werden, dass es den Wettbewerb fördert und für Gerechtigkeit sorgt.
- Die Berufshochschulen, die berufliche Bildung vermitteln, werden so reformiert werden, dass sie Fachkräfte ausbilden können, die über die Qualifikationen verfügen, die den beruflichen Standards entsprechen.
- Der Fernunterricht wird in Form von vielseitigen Bildungseinrichtungen, die es Menschen jeden Alters und Berufs ermöglichen, einen Beruf zu erlernen oder sich weiterzubilden, verbreitet werden.

Verehrte Abgeordnete,

Unser bestehendes Gesundheitssystem ist, was die institutionelle Struktur, die Arbeitsabläufe und die Personalstruktur und -verteilung angeht, unfähig geworden, den Bedürfnissen gerecht zu werden. **Unsere Regierung** ist entschlossen, durch tiefgreifende Veränderungen ein Gesundheitssystem zu schaffen, das jedem zugänglich ist und das qualifiziert und effizient arbeitet.

Bedauerlicherweise konnten hierzulande bislang nur 81% unserer Gesamtbevölkerung in die Krankenversicherung aufgenommen werden, während die restlichen 19% über keinerlei gesundheitliche Absicherung verfügen.

Ein effizientes, für jeden zugängliches und qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem ist für eine entwickelte Gesellschaft unerlässlich. Der Staat ist dazu verpflichtet – wenn nötig in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor –, jedem Bürger die von ihm benötigte medizinische Grundversorgung bereitzustellen.

Das bestehende Gesundheitssystem ist in jeder Hinsicht hinter den modernen Entwicklungen zurückgeblieben, die Kosten sind aufgrund von undichten Stellen im System stark angestiegen, die Gesundheitsdienste sind nicht mehr jedem zugänglich, und es gibt keine einheitlichen Standards mehr. Um eine gesunde Generation großziehen zu können, ist es unumgänglich geworden, die Gesundheitsdienste so zu strukturieren, dass alle Bürger Zugang zu ihnen haben. Die Tatsache, dass sich die Sozialleistungsträger mit Gesundheitsdingen befassen, was sie bei der Erledigung ihrer eigentlichen Aufgaben behindert, hat auch die Sozialleistungsträger unproduktiv werden lassen.

Maßnahmen zur Schaffung eines qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstes:

- Durch die Aufhebung der Unterscheidung zwischen staatlichen Krankenhäusern, Versicherungskrankenhäusern und institutionellen Krankenhäusern wird den **Krankenhäusern Autonomie in administrativer und finanzieller Hinsicht** gewährt. Das Gesundheitsministerium wird diesem neu zu schaffenden System gemäß umstrukturiert werden, und der Gesundheitssektor wird für den Wettbewerb geöffnet werden.
- Erbringung und Finanzierung der Gesundheitsdienstleistungen werden voneinander getrennt werden. Die Krankenversicherung wird aus der Sparte „langfristige Versicherungen“ herausgelöst werden. Es wird ein **Allgemeines Krankenversicherungssystem** geschaffen werden, das die Gesamtheit der Bevölkerung umfassen wird. Die Beiträge derjenigen, die selbst nicht in der Lage sind, diese zu bezahlen, werden vonseiten des Staates erbracht werden.
- Durch Übergang zum **Hausarztssystem** wird ein solides **Patientenüberweisungskettensystem** geschaffen werden.
- Bei der Umsetzung der Gesundheitsdienstleistungen wird in höchstmöglichem Maße von Computertechnologien Gebrauch gemacht werden und es wird ein **Gesundheitsinformationssystem** geschaffen werden.
- Durch eine Neuregelung der Patientenrechtsverordnung gemäß weltweit geltender Standards werden rechtliche Lücken hinsichtlich des Schutzes von Patientenrechten geschlossen werden.

Verehrte Abgeordnete,

In den heutigen Gesellschaften, in denen die traditionelle Solidaritätskultur kurz davor steht, verloren zu gehen, braucht man ein soziales Sicherheitssystem, das die Menschen spüren lässt, dass ihre Gegenwart und ihre Zukunft gesichert sind.

Unser bestehendes soziales Sicherheitssystem bietet keine soziale Sicherheit mehr, sondern hat sich zu einer Bürde für den Staat entwickelt. Das bestehende soziale Sicherheitssystem mit seiner Organisation, seinem Beitrags-/Leistungssystem, das dem versicherungsmathematischen Gleichgewicht nicht entspricht, und seinem Verwaltungsverständnis steht an erster Stelle der Bereiche, die künftig einer Neustrukturierung unterworfen werden.

Die Sozialleistungsträger weisen Unterschiede in den angewandten Versicherungsprogrammen und den gewährleisteten Rechten und Pflichten auf. Maßnahmen zur Beseitigung dieser Unterschiede und zur Schaffung eines sozialen Sicherheitssystems, das sich aus seinen Mitteln selbst finanzieren kann, sind folgende:

- Bei den Sozialleistungsträgern werden **einheitliche Normen und Standards** eingeführt werden. Im Rahmen internationaler Verträge und der fundamentalen Prinzipien der sozialen Sicherheit wird ein **integriertes soziales Sicherheitsnetzwerk** geschaffen werden.
- Die administrative und finanzielle Effizienz sowie die technologische Infrastruktur der Sozialleistungsträger wird gestärkt werden; es wird in höchstem Maße von Informationstechnologien Gebrauch gemacht werden; es werden moderne Managementtechniken umgesetzt werden; die Buchhaltungssysteme werden mit internationalen Rechnungswesenstandards, aber auch untereinander, in Einklang gebracht werden.
- Zahlungen ohne Beitragsgegenwert werden abgeschafft werden.
- Lang- und kurzfristige Versicherungsprogramme werden voneinander getrennt werden.
- Alle Teile der Gesellschaft werden in das soziale Sicherheitssystem einbezogen werden.
- Die finanzielle Belastung des Haushalts durch das soziale Sicherheitssystem wird verringert werden.

Verehrte Abgeordnete,

Wir sind entschlossen, ein Arbeitsklima zu schaffen, das eine gesunde und ausgewogene Entwicklung ermöglicht und das für Produktion unter Bedingungen des freien Wettbewerbs, für Produktivität und für Wohlfahrt und Sicherheit der Erwerbstätigen sorgt. Dieses Arbeitsklima soll auf ein Fundament gestellt werden, das den Arbeitsfrieden sichert. Die dies-

bezüglich zu treffenden Maßnahmen werden mit Beteiligung der Sozialpartner umgesetzt werden.

Dass wir trotz der großen wirtschaftlichen Härten, von denen wir betroffen sind, als Gesellschaft auf den Beinen bleiben, verdanken wir in großem Maße unserer intakten Familienstruktur. Diese Familienstruktur, die gleichzeitig einen starken Sozialleistungsträger darstellt, zu erhalten, ist angesichts des Änderungsprozesses, den wir momentan erleben, noch wichtiger geworden. **Unsere Regierung** wird Maßnahmen zum Schutz der Familie – dem Fundament der Gesellschaft – fördern.

Verehrte Abgeordnete,

Obwohl unsere Frauen sich die Lasten des Lebens mit den Männern teilen, haben sie leider noch nicht den Status inne, der ihnen zusteht. Bei allen politischen Maßnahmen, die wir umsetzen werden, werden wir uns diesen Umstand stets vor Augen halten. Unser fundamentales Ziel wird es sein, dass unsere Frauen den Status bekommen, der sie befähigt, in jedem Bereich gemeinsam mit Männern gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Um gesunde Generationen großzuziehen und die Zufriedenheit in der Familie zu sichern, wird der Beseitigung der Probleme von Frauen ein hoher Stellenwert zukommen.

- Es werden Regelungen getroffen werden hinsichtlich der Umsetzung der Prinzipien, wie sie in der **Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau** formuliert werden.
- Zu unseren vorrangigen Politikmaßnahmen wird es gehören, Gewalt gegen Frauen und deren sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung zu verhindern, sowie bedürftigen Frauen Schutz und Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Die Jugend ist nicht nur der Reichtum unseres Landes, sondern auch die Quelle für seine Dynamik und sein Veränderungspotential. **Unsere Regierung** sieht es als eines ihrer fundamentalen Ziele an, das Vertrauen der Gesellschaft in die Jugendlichen sowie das Vertrauen der Jugendlichen in die Türkei zu sichern.

Unser Ziel ist es, Jugendliche großzuziehen, die frei denken, die selbständig Entscheidungen treffen können, die hinterfragen, die über die Wahrheiten ihrer eigenen Gesellschaft und universeller Auffassungen informiert sind, die einen Sinn für moralische Werte haben und die über die nötige Ausstattung und die Fähigkeit verfügen, mit den Schwierigkeiten des Lebens fertig zu werden.

- Bei den an die Jugend gerichteten Dienstleistungen wird auf Chancengleichheit geachtet werden und darauf, dass sich die Jugendlichen, was ihre Persönlichkeit,

ihr Denken und ihren Körper angeht, gesund entwickeln. Kulturelle, künstlerische und sportliche Aktivitäten werden gefördert werden.

- Es wird dafür gesorgt werden, dass bei Jugend- und Sportdienstleistungen die Zentralverwaltung eine regulierende, koordinierende und kontrollierende Rolle übernimmt und dass diese Dienstleistungen prinzipiell durch die kommunalen Gebietskörperschaften und in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Organisationen und dem Privatsektor erbracht werden. Den Sportverbänden wird administrative und finanzielle Autonomie zugestanden und die Sportorganisation wird neu strukturiert werden.
- An Jugendliche gerichtete Aktivitäten der kommunalen Gebietskörperschaften in den Bereichen Kultur, Kunst, Sport, Folklore, Lesen und Forschung und Investitionen des Privatsektors in diese Bereiche werden gefördert werden.
- Es werden die für die Bekämpfung von Drogensucht notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Zwischen den auf diesem Gebiet arbeitenden Institutionen wird für eine effiziente Koordination gesorgt werden.
- Um die Dynamik und den Wunsch unserer Bevölkerung nach Erneuerung in die Politik einzubringen wird das Mindestalter für das passive Wahlrecht auf 25 Jahre gesenkt werden.
- Es werden Maßnahmen getroffen werden, die darauf abzielen, dass unsere Jugendlichen ihre Freizeit sinnvoller und produktiver gestalten.

Verehrte Abgeordnete,

Im Staatsverständnis unserer Zeit ist es eine dem Staat obliegende verfassungsrechtliche Pflicht, dafür zu sorgen, dass Behinderte selbständig zurechtkommen, dass sie ein bestimmtes Wissens- und Kulturniveau erreichen, dass sie einen Beruf ergreifen und produktiv werden und dass sie gesunde Beziehungen mit ihrer Umgebung knüpfen und so am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Der Staat wird, indem er auf Gebieten wie Bildung, Rehabilitation, Gesundheit, Recht und Verwaltung die Bedürfnisse seiner behinderten Bürger befriedigt, dafür Sorge tragen, dass diese zum Leben so wenig wie möglich auf andere angewiesen sind.

Der Grundsatz, nach dem die Diskriminierung von Menschen aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung nicht zu dulden ist, wird die Grundlage der Behindertenpolitik **unserer Regierung** bilden. Um ihn zu verwirklichen, werden Maßnahmen jeder Art getroffen werden.

Verehrte Abgeordnete,

Das Thema „Umwelt“ steht bei den Themen, für die **unsere Regierung** sensibel ist, an erster Stelle. Es werden Maßnahmen jeder Art getroffen werden, um unsere Natur- und Umweltressourcen nicht zu schädigen, sondern zu erhalten und künftigen Generationen ein lebenswertes Umfeld zu hinterlassen.

Es wird in effizienter Weise für die Beteiligung und die Kontrolle der Bevölkerung bei den Themen „Bürgerrechte“, „Verbrechen an den Städten“ und „Umweltrecht“ gesorgt werden.

Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen, Brände und Erdbeben sowie Verkehrs- und Arbeitsunfälle als Folge von Unachtsamkeit, Sorglosigkeit und beruflicher oder handwerklicher Unerfahrenheit führen hierzulande zu großen menschlichen und materiellen Verlusten. Um diese Verluste auf ein Mindestmaß zu reduzieren, werden Maßnahmen jeder Art ergriffen werden.

Die Genossenschaftsgesetzgebung wird im Lichte vergangener Erfahrungen neu überarbeitet werden.

Verehrte Abgeordnete,

Unsere Regierung wird eine realistische Außenpolitik betreiben, die der Geschichte und der geographischen Lage der Türkei gerecht wird, die frei ist von Vorurteilen und festgefahrenen Meinungen und die sich auf gegenseitige Nutzenbeziehungen stützt. Die Türkei respektiert die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität anderer Staaten und sieht es als ihr Recht an, dass andere Staaten und internationale Organisationen im Gegenzug ihre eigene territoriale Unversehrtheit und ihre Souveränität respektieren.

Angesichts sich verändernder regionaler und globaler Realitäten muss die Türkei ihre außenpolitischen Prioritäten neu definieren und ein neues Gleichgewicht zwischen diesen Realitäten und ihren nationalen Interessen schaffen.

- In diesem Rahmen wird unsere Regierung die Außenpolitik der Türkei in langfristiger Perspektive an die auf neuen Dynamiken beruhende regionale und globale Konjunktur anpassen.
- Unsere Regierung wird mit Forschungszentren, die sich innerhalb öffentlicher Institutionen mit dem Bereich Außenpolitik befassen, mit Instituten für Außenpolitik und mit den Fachbereichen für Internationale Beziehungen an den Universitäten zusammenarbeiten.
- Die Türkei ist ein Stabilitätsfaktor in der Region, in der sie sich befindet. In dieser Eigenschaft wird sie in den Krisengebieten in ihrer Umgebung häufiger die Initiative ergreifen und versuchen, einen konkreteren Beitrag zur Lösung der Krisen zu

leisten. Es wird eine aktive Diplomatie betrieben werden, die Entwicklungen regionalen und kontinentalen Ausmaßes, die unsere nationalen Interessen tangieren, nicht nur beobachtet, sondern sie mitgestaltet.

- Unsere Regierung ist der Ansicht, dass das regionale Sicherheitsumfeld einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leistet. Aus diesem Grund wird die Türkei sich stärker dafür einsetzen, dass in ihrer unmittelbaren Umgebung Vertrauen und Stabilität entstehen, sie wird ihre Bemühungen verstärken, die Beziehungen zu ihren Nachbarn in gegenseitigem Dialog fortzuführen und somit in höherem Maße zur Entwicklung regionaler Zusammenarbeit beitragen.

Verehrte Abgeordnete,

Die Türkei hat sowohl aus geographischer als auch aus historischer Sicht enge Beziehungen zu Europa. Die Beziehungen zu den europäischen Staaten werden auf der außenpolitischen Agenda der Türkei auch künftig einen der vordersten Plätze einnehmen.

Die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist eines der vorrangigsten Ziele **unserer Regierung**. Zu diesem Zweck wird versucht werden, die Beitrittsverhandlungen zu beginnen, um sicherzustellen, dass die Kandidatur der Türkei im Erweiterungsprozess irreversiblen Charakter besitzt. **Unsere Regierung** ist entschlossen, die Kopenhagener Kriterien vollständig umzusetzen. Neben dem Gewinn, den es für beide Seiten hätte, wenn die Türkei innerhalb kürzester Zeit den ihr zustehenden Platz in der Familie der Europäischen Union einnähme, steht es außer Zweifel, dass dies über den europäischen Kontinent hinaus positive Ergebnisse in Bezug auf Frieden, Stabilität und Sicherheit zeitigen würde.

- In diesem Rahmen wird dafür gesorgt werden, dass die von der Großen Türkischen Nationalversammlung verabschiedeten Harmonisierungsgesetze gestärkt werden und dass unsere Gesetzgebung, was Grundrechte und -freiheiten angeht, als Ganzes weiterentwickelt wird. Außerdem wird verstärkt auf Bildungsbemühungen gesetzt werden, damit sich die Reformen vollständig in der Praxis widerspiegeln und damit sie von denjenigen, die sie umsetzen, auch verinnerlicht werden.
- Unsere Regierung wird im EU-Harmonisierungsprozess die auf dem Gebiet der Anpassung an wirtschaftliche Kriterien und an den Acquis Communautaire notwendigen Arbeiten beschleunigen, dafür sorgen, dass öffentliche Einrichtungen und Institutionen koordiniert arbeiten, die für die Harmonisierung notwendige administrative Kapazität stärken sowie die Zusammenarbeit und die Solidarität zwischen öffentlichen Institutionen, dem Privatsektor und zivilgesellschaftlichen Organisationen steigern. Außerdem wird dafür gesorgt werden, dass die Maßnahmen

ergriffen werden, die notwendig sind für die Entwicklung und das effiziente Funktionieren der finanziellen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

Verehrte Abgeordnete,

- Parallel zu dem Beitrag, den die Türkei bis heute innerhalb der NATO geleistet hat, wird sie ihre Anstrengungen fortsetzen, in der im Rahmen der neuen Europäischen Verteidigungsstrategie geschaffenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) den ihr zustehenden Platz einzunehmen. In diesem Zusammenhang ist **unsere Regierung** entschlossen, mithilfe nationaler Machtinstrumente und politischer Mittel auch künftig dazu beizutragen, dass sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene Frieden und Stabilität gewahrt und verbreitet werden und dass das Wohlfahrtsniveau steigt. Unsere bewaffneten Streitkräfte, die eine sehr wichtige Rolle bei der Abwehr potentieller Bedrohungen jeder Art und bei der Gewährleistung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Region und in der Welt spielen, werden ihre Aktivitäten im Rahmen der NATO, der UNO und der OSZE fortsetzen.
- Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Türkei mit den mit ihr befreundeten und alliierten Ländern wird fortgeführt und in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Technologie, Investitionen und Handel intensiviert werden.

Verehrte Abgeordnete,

- **Unsere Regierung** erachtet es als wichtig, dass man internationale Plattformen gegen Terror schafft und dass die Türkei auf diesen Plattformen an der Terrorbekämpfung teilnimmt. In diesem Rahmen wird sie sich aktiv darum bemühen, die Spannungen zwischen Religionen und Kulturen, die seit dem 11. September tendenziell zunehmen, abzubauen und ein globales Klima des Friedens zu schaffen. In diesem Sinne wird unser reiches, auf kulturellem Pluralismus und Dialog beruhendes historisches Erbe mobilisiert werden.
- Die Kooperation mit den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich lange Jahre vor allem auf Sicherheitsfragen konzentrierte, wird fortgesetzt und auf die Bereiche Wirtschaft, Investitionen, Wissenschaft und Technologie ausgeweitet werden.
- Die kooperativen Beziehungen zur Russischen Föderation, mit der wir ein gutes Nachbarschaftsverhältnis haben, werden fortgesetzt werden, ohne die Interessen der Parteien in den Ländern Zentralasiens und des Kaukasus, die uns kulturell nahe stehen, zu schädigen.

- Die Beziehungen zu unserem Nachbarn Griechenland, die auf gegenseitigen Wirtschaftsinteressen beruhen, werden fortgeführt und intensiviert werden und mithilfe des Vertrauensklimas, das diese Beziehungen schaffen werden, wird der Boden für die Lösung der komplexeren politischen Probleme bereitet.

Verehrte Abgeordnete,

- Unsere Regierung glaubt an die unbedingte Notwendigkeit, eine Lösung für die Zypernfrage zu finden. Bei dieser Lösung wird keinerlei Initiative geduldet werden, die in Zukunft die türkische Präsenz auf der Insel gefährden könnte. Obwohl wir die Friedensinitiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, begrüßen, sieht **unsere Regierung** in diesem Rahmen einen Verhandlungsprozess vor, der im Sinne einer dauerhaften Lösung des Problems unsere nationalen Interessen und die Präsenz und die Souveränität der türkisch-zyprischen Bevölkerung auf der Insel garantiert.
- Es ist eine Tatsache, dass die Türkei in den Beziehungen zu den Turkrepubliken Zentralasiens, trotz unserer historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Nähe zu diesen Ländern, den gestellten Erwartungen nicht gerecht werden konnte. **Unsere Regierung** wird sich darum bemühen, die Beziehungen zu den Turkrepubliken so weit wie möglich auszubauen und so die Region zu einem Gebiet umfassender Kooperation zu machen.
- Das Blutvergießen im Nahen Osten bereitet nicht nur der gesamten Weltöffentlichkeit, sondern auch dem türkischen Volk, das enge kulturelle und historische Beziehungen zu der Region hat, Kummer und Sorge. Unsere Regierung glaubt daran, dass der einzige Weg, das Vergießen von Blut und Tränen eines jeden, egal welcher Religion oder Rasse er angehören mag, schnellstmöglich zu stoppen, der eines dauerhaften Friedens ist. Die Türkei wird weiterhin die Bemühungen zur Schaffung eines Friedens in Palästina unterstützen, der den Resolutionen der Vereinten Nationen entspricht und der geeignet ist, das andauernde Leiden des palästinensischen Volkes zu stoppen. Die Türkei wird, indem sie ihre guten Beziehungen zur palästinensischen wie auch zur israelischen Seite aufrechterhält, die Möglichkeit bekommen, ihren Beitrag zu den Friedensbemühungen zu leisten.
- Unsere Balkanpolitik wird im Lichte unserer historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern in der Region weiterentwickelt und, wo nötig, neugestaltet werden. Um gemeinsame Interessengebiete zu schaffen mit dem Ziel, die Spannungen in der Region abzubauen und das Klima des Friedens

dauerhaft zu machen, werden Projekte mit dem Schwerpunkt Wirtschaft entwickelt werden.

Verehrte Abgeordnete,

- Unsere Regierung misst den Beziehungen der Türkei zur arabischen Welt besondere Bedeutung bei. Sie wird sich darum bemühen, einerseits die bilaterale Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu verstärken und andererseits der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) auf internationaler Ebene mehr Ansehen zu verschaffen und ihr eine dynamische Struktur zu geben, die es ihr ermöglicht, Initiativen zu ergreifen. Ebenfalls in diesem Zusammenhang wird sie versuchen, den Aktivitäten des Ständigen Komitees für Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel der OIC (COMCEC), deren Vorsitz der Präsident unserer Republik innehat, einen konkreteren Inhalt zu geben.
- Wir werden uns darum bemühen, das Potential der Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSECO), die mit breiter Beteiligung gegründet wurde, zu aktivieren, was den Ländern der Region neue Kooperationsmöglichkeiten in Aussicht stellt.
- Die Türkei ist besorgt angesichts der Ungewissheit bezüglich ihres nahen Nachbarn Irak. Unsere Regierung misst der territorialen Unversehrtheit und der Wahrung der politischen Einheit des Irak große Bedeutung bei. Eine Verletzung der territorialen Integrität des Irak wird den gesamten Nahen Osten aus dem Gleichgewicht bringen. **Unsere Regierung** tritt dafür ein, dass die irakische Führung die Resolutionen der Vereinten Nationen vollständig umsetzt, dass ein Irak, der keine Massenvernichtungswaffen mehr besitzt und der mit seinen Nachbarn in Frieden lebt, seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft einnimmt, und dass das Problem auf friedliche Art und Weise gelöst wird.
- Es wird versucht werden, unsere Beziehungen zur Volksrepublik China und zu Japan, die von gegenseitigem Respekt und einer produktiven Zusammenarbeit geprägt sind, in dieser Richtung weiter voranzubringen. Nicht umsonst wurde das Jahr 2003 in Japan zum „Jahr der Türkei“ erklärt.
- Neben der traditionellen atlantischen und europäischen Dimension unserer Außenpolitik werden die Bemühungen dahingehend fortgesetzt werden, eine auf Eurasien ausgerichtete Politik zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wird die Kooperation im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) verstärkt werden.

- Zwischen den internationalen Organisationen, deren Mitglied die Türkei ist, und den Projekten für regionale Wirtschaftskooperation wie der ECO und der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion BSER, wird eine rationelle und systematische Koordination sichergestellt werden.
- Im Kaukasus werden die Konditionierungen der Zeit des Kalten Krieges beiseite gelassen werden und es wird nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht werden. Es wird versucht werden, dazu beizutragen, dass diese Region, die über reiche ober- wie unterirdische Ressourcen verfügt, sich in wirtschaftlicher Hinsicht mit dem Nahen Osten und dem Balkan zusammenschließt.
- Wir werden uns darum bemühen, stärker für die Rechte der im Ausland lebenden türkischen Staatsbürger in den jeweiligen Ländern einzutreten, und bestehende Mechanismen werden effizienter genutzt werden, um die Probleme, mit denen diese Bürger – sei es in diesen Ländern oder in der Türkei – konfrontiert werden, zu lösen.

Verehrte Abgeordnete,

Die Wahlen vom 3. November 2002 haben nicht nur zu einer neuen Parlaments- und Regierungsstruktur in unserem Lande geführt, sie haben auch, und das ist noch wichtiger und dauerhafter, Schluss gemacht mit einer politischen Kultur, die dem Zeitalter, in dem wir leben, nicht gerecht wurde und eine in jeder Hinsicht neue politische Ära eingeläutet.

Diejenigen, die der Methode verhaftet bleiben, diese neue Ära mit den alten Begriffen, Klischees und Gewohnheiten zu bewerten, zu verstehen und zu hinterfragen, werden dazu verurteilt sein, hinter der Dynamik und dem Veränderungswillen der Gesellschaft zurückzubleiben und in unproduktiven und ergebnislosen politischen Bemühungen zu verharren.

Diese neue Ära wird die Ära derjenigen sein, die im Rahmen universeller Standards und dem Primat des Rechts und gestützt auf den Willen und den Wunsch unserer Nation nach Entwicklung, mit neuen Konzepten, Begriffen, Positionen und Methoden Politik gestalten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Programm, das ich Ihnen, verehrte Abgeordnete, im Rahmen dieser neuen politischen Konzeption vorgestellt habe, in einer sich schnell verändernden Welt, in der der Wettbewerb zunimmt und in der eine effiziente und partizipative Führung wichtiger ist denn je, in erheblichem Maße dazu beitragen wird, dass unser Land an die Position gelangt, die es verdient.

Wir haben keinen Zweifel daran, dass Sie allen positiven Maßnahmen, die unsere Regierung auf dem Weg zu einem Land, das im Rahmen von Demokratie, Menschenrechten und dem Primat des Rechts eine nachhaltige Entwicklung sicherstellt, das die Segnungen des Fort-

schritts gerecht verteilt, das als ehrenvolles Mitglied der Menschheitsfamilie und ohne sich von seiner historischen und kulturellen Identität zu lösen, seiner Bevölkerung Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt bietet, umsetzen wird, Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung gewähren werden.

Von Ihnen erwarten wir insbesondere, dass Sie unsere Unzulänglichkeiten und Fehler feststellen, uns darauf hinweisen und sie durch Ihre Kritik korrigieren, und so blicken wir in gegenseitigem Verständnis und Kooperation hoffnungsfroh in die Zukunft.

Wir werden versuchen, uns dem Vertrauen unserer geliebten Nation und dieses Hohen Hauses würdig zu erweisen.

Allah helfe uns dabei.

(Übersetzung von Johannes Neuner)